

NRZ

Montag 11.01.2010

Politik und Wirtschaft :

"Ich weiß, dass ich sauber bin"

Alexander Florie

Rheinberg. Das Thema Zahlungen der RAG machte auch vor dem Neujahrsempfang der Stadt in der Stadthalle nicht Halt: Bürgermeister Hans-Theo Mennicken zu seinem Posten im RAG-Beirat

Das Thema Zahlungen des RAG-Beirates machte auch vor dem Neujahrsempfang der Stadt in der Stadthalle nicht Halt. Bürgermeister Hans-Theo Mennicken zu seinem Posten im RAG-Beirat: Er müsse und werde sich nicht verteidigen, er erfülle seine Dienstpflichten, die Teilnahme am Beirat sei für ihn selbstverständlich. Mit der Vergütung von 15 000 Euro habe man den Stadtvertretern nichts Gutes getan. „Ich werde mich dafür einsetzen, dass das verändert wird.“ Aber dieses Geld wandere nicht in seine Tasche. „Das wird dem Rat vorgetragen, das habe ich persönlich abgerechnet, und ich habe kein Problem damit, die Vorlage ins Internet zu stellen. Ich weiß, dass ich sauber bin.“ Von der Art des Angriffs auf ihn sei er „persönlich sehr getroffen“ gewesen.

Hunderte Gäste waren der Einladung zum Empfang gefolgt. Die Menschen genossen den musikalischen Rahmen und die Verleihung des Ehrenamtspreises. Und lauschten den Worten des Verwaltungschefs. Der blickte zunächst zurück: 2009 sei ein bewegtes Jahr gewesen. Als positive Beispiel würdigte er die Eröffnung der Mensa am Schulzentrum, die Fortführung der Sanierung des Schulzentrums insgesamt, den Umbau des Feuerwehrgerätehauses Budberg, die Übergabe der Mehrgenerationenspielfläche am Pulverturm und die Einrichtung neuer Gruppenräume im Zuff.

Die weltweite Finanzkrise habe die Kommunen 2009 mit voller Wucht erreicht - Mennicken erinnerte dabei auch an das Aus für die Firma Desowag, die immerhin 50 Jahre vor Ort tätig war. Die Prognose für 2010, sei „was die finanzielle Lage der Stadt angeht, leider nicht rosig“. Er verwies er auf den Einbruch bei der Gewerbesteuer und den Schlüsselzuweisungen, wo Rheinberg bei Null angelangt sei. „Ich will nicht hoffen, dass das so durchschlägt, dass wir uns von gewohnten Dingen verabschieden müssen.“

Angesichts einer Deckungslücke von 15 Millionen Euro rief er alle Beteiligten in Rat, Verwaltung; Vereinen, Verbänden und Organisationen auf, gemeinsam in den kommenden Wochen zu überlegen, wie man der Entwicklung entgegentreten könne. „Ich hoffe, dass wir nicht in ein dauerhaftes Haushaltssicherungskonzept kommen.“

Die Ankündigung Mennickens, dass „spätestens im April 2010 das Gerüst“ des Kräuterturms an der Kamper Straße entfernt werden könne, sorgte sogar für Bravo-Rufe im Saal. „Ich bin damit schon einmal auf die Nase gefallen, aber ich bin ein hoffnungsvoller Mensch“, gab er sich zuversichtlich, dass es jetzt klappen wird.

NRZ

Mittwoch 13.01.2010

Terwiesche: Bergbau kauft Bürgermeister

Kreis Wesel. Schweres Geschütz fährt der Kreisvorsitzende der FDP, Michael Terwiesche, in der Diskussion über den Regionalbeirat der Ruhrkohle AG (RAG) auf. „**Mit diesem Beirat kauft der Bergbau die Bürgermeister und Landräte der bergbaubetroffenen Gebiete.**“ Der Bezahlung dieser Politiker in Höhe von 15 000 Euro pro Jahr durch die RAG steht keine andere Gegenleistung als eine bergbaufreundliche Politik gegenüber. Der Bergbau streut den Bürgern wie das Sandmännchen Sand in die Augen, wenn er behauptet, dieser Beirat sei als Erfahrungsaustausch für Politiker gedacht.“

NRZ

Mittwoch 13.01.2010

Viele Widersprüche

Affäre Friedrich: Oberstaatsanwalt sagte aus

Eberhard Ph. Liliensiek

Düsseldorf. So umstritten das Strafverfahren gegen Harald Friedrich (Grüne), den früheren Abteilungsleiter des Umweltministeriums, bislang schon war - das bizarrste Bild zeichnete jetzt der Wuppertaler Oberstaatsanwalt Ralf Meyer in seiner Aussage vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss. Meyer hatte im Mai und August vorigen Jahres die Vorwürfe der Untreue und des Geheimisverrats wegen erwiesener Unschuld eingestellt- ist aber bis heute der Meinung, dass er das nicht hätte tun sollen. Aber: „Ich bin dazu mehrfach schriftlich von der Generalstaatsanwaltschaft Düsseldorf angewiesen worden!“

Keinen Gutachter gehört

Diesen neuen und offenen Justiz-Widerspruch nahm der Ausschuss interessiert zur Kenntnis, verwickelte Meyer aber auch in andere. Der betonte zwar, das CDU-geführte Umweltministerium habe „nie versucht, uns in irgendeiner Weise zu beeinflussen“. Danach räumte Meyer allerdings insbesondere auf Fragen des Ausschussvorsitzenden Thomas Kutschaty (SPD) ein, eine Ministerialrätin habe Friedrich schwer belastet, weil die „ihn nicht mehr im Dienst sehen wollte“.

Ob denn seitens der Staatsanwaltschaft je ein neutraler Gutachter zum Vorwurf „freihändiger Vergaben von Aufträgen“ durch Friedrich gehört worden sei, wollte Kutschaty wissen. Antwort: nein. „Sachverständig waren für mich die Stellungnahmen des Ministeriums“, erklärte Meyer - eine Antwort, die bei SPD und Grünen den Verdacht verstärkte, die Ermittlungen gegen Friedrich seien womöglich aus politischen Motiven vom Ministerium befeuert worden.

Merkwürdig auch: Lange vor seiner Zeugenvernehmung durch die Staatsanwaltschaft hatte damals Staatssekretär Schink alle Fragen vorab bekommen, mit Billigung von Meyer. „Da bestand doch die Gefahr, dass Aussagen mit anderen abgestimmt werden können“, rügte Kutschaty. Meyer aber hatte daran „keine Erinnerung mehr“. pbd/NRZ

Duisburg Süd/Krefeld

Krefelder Rat macht den Weg für das Kraftwerk frei

Florian Müller



Stellungnahme der Stadt zum Genehmigungsverfahren fällt positiv aus. Die Gegner kündigen sofort eine Klage an.

Sein gemeindliches Einvernehmen, so das Amtsdeutsch, für den Kohlekraftwerksbau in Uerdingen hat der Rat der Stadt Krefeld in einer Sondersitzung erteilt. Zuvor gab es eine lange Diskussion über das umstrittene Projekt und eine geheime Abstimmung: Lediglich die Grünen und die Linken sprachen sich geschlossen gegen das Projekt aus. 38 Ratsmitglieder stimmen für das Kraftwerk, 17 Stimmen und eine Enthaltung konnten das Vorhaben der 750 Megawattstunden-Anlage, das von mehr als zwei Dutzend Stadtwerken verwirklicht werden will, nicht stoppen. Unterdessen haben BUND und Niederrheinischer Umweltschutzverein (NUV) in einer Pressekonferenz zuvor bekräftigt, gegen das Steinkohlekraftwerk nötigenfalls zu klagen. In Vorbereitung sind zunächst Einwendungsformulare, die mit einer Auflage von 100 000 Stück in Krefeld und Duisburg verteilt werden sollen.

1 Kommentar

Wieder einmal hat der Verstand eine Niederlage erlitten. Erst wurde sich im Rat gegen das Projekt ausgesprochen. Dann, Monate später, nach erfolgter "Landschaftspflege" des verantwortlichen Konzerns wird dieses umweltschädliche Projekt plötzlich befürwortet (von den gleichen Protagonisten). Ist schon irgendwie merkwürdig, wie schnell Politiker ihre Meinung ändern können.

#1 von Eickelkämper, vor 5 Stunden

Streitschlichtung bewährt sich

Ex-Oberlandesgerichtschef Gern Debusmann leitet Verfahren von Bergbaugeschädigten



Der ehemalige Oberlandesgerichtspräsident Gero Debusmann ist erfolgreich als Streitschlichter in Bergschadensfällen. tätig. a Foto: Mroß

HAMM Das Ungleichgewicht der Kräfte sollte behoben werden: Bergbaugeschädigte, die früher mit hohem Aufwand (etwa Prozess- und Gutachterkosten) ihre Ansprüche durchsetzen mussten, können die Schlichtungsstelle Bergschaden anrufen, die Gero Debusmann als Vorsitzender leitet. Eine „sehr zufrieden stellende Entwicklung“ und eine „vertrauensvolle Zusammenarbeit“ bilanziert Hamms Ex-Oberlandesgerichtspräsident nach etwa einjähriger Tätigkeit. 60 Eingänge seien im vergangenen Jahr von den Gremiumsmitgliedern (siehe Erläuterungstext unten) bearbeitet worden: allein 16 Fälle seien bereits in diesem Jahr per Antrag gemeldet worden.

Ansprüche zivilrechtlich durchsetzen

„Es rappelt im Karton“, bilanziert der Reiter das Interesse an der Einschaltung der Schlichtungsstelle. Die Vorgabe, Sachschäden innerhalb von zwei Monaten zu regulieren, werde eingehalten; ein durchschnittlicher Streitwert von je 9000 Euro sei ermittelt worden. Umfangreichere Regressansprüche bei höheren oder immateriellen Schäden müssten weiter zivilrechtlich durchgesetzt werden. Ziel der mündlichen Verhandlungen sei es, eine gütliche Einigung, unter den Parteien zu erzielen. „Das gelingt in den meisten Fällen“, berichtet der Vorsitzende der Schlichtungsstelle, der auf eine intensive Beteiligung der Verfahrensbeteiligten setzt. Etwa zwei Mal im Monat treffen sich die drei Schlichtungsstellenmitarbeiter in Essen zu mündlichen Verhandlungen, wobei auch Ortstermine gemacht. Gutachter zu Rate gezogen werden. „Allmählich bekommt man Sachkunde“. verweist Debusmann auf die sehr komplexen Inhalte von Streitigkeiten in Bergbauschadensfällen. Die „positiven

Rückmeldungen" auf die Arbeit der Schlichter wird auch durch die Einladung zur Vorstellung der Schlichtungsstelle im Landtag belegt, befindet Debusmann. Weiterer Effekt: Die Gerichte werden entlastet, denn früher war kaum ein Fall in erster Instanz zu klären. vor

NRZ

Donnerstag 14.01.2010

AUS DER REGION

Grüne fordern Auflösung des RAG-Beirat

Kreis Wesel. Der Regionalbeirat der RAG muss aufgelöst werden. Das fordert Hubert Kück, Vorsitzender der Kreistagsfraktion der Grünen. Seine Partei kritisiert das Verhalten des Unternehmens, das 24 Mitglieder des 2008 gegründeten Regionalbeirats eine Grundvergütung von 15 000 Euro zukommen ließ. Kück geht davon aus, dass die RAG über diese Personen eine bestimmte Firmenpolitik festzurren will. „Was vielen Menschen hier jedoch besonders übel aufgestoßen ist, das ist die Höhe der Grundvergütung. Manche Menschen verdienen im ganzen Jahr nicht so viel, wie in diesem Fall von der RAG für zwei Sitzungen gezahlt wird“, sagt Kück. Den Verantwortlichen bei der RAG seien „sämtliche vernünftigen Maßstäbe verloren gegangen“. Da das Unternehmen hohe Subventionen erhalte, könne man einen sorgsam Umgang mit Geld erwarten. Das bedeute: Die Zahlung müsste sofort eingestellt werden.

NRZ

Freitag 15.01.2010

Energie Das neue Steinkohlekraftwerk in Krefeld-Uerdingen kommt

Markus Peters



Krefeld. Der Bau des neuen Steinkohlekraftwerks im Krefelder Hafen wird immer wahrscheinlicher. Der Rat der Stadt hat am Mittwochabend nach langer Diskussion das „gemeindliche Einvernehmen“ für die 750 Megawatt-Anlage in Uerdingen erteilt.

Krefeld. Der Bau des neuen Steinkohlekraftwerks im Krefelder Hafen wird immer wahrscheinlicher. Der Rat der Stadt hat am Mittwochabend nach langer Diskussion das „gemeindliche Einvernehmen“ für die 750 Megawatt-Anlage in Uerdingen erteilt. Einen solchen Beschluss hatte die Bezirksregierung bis zum 8. Februar von der Stadt gefordert.

Acht stimmten gegen Parteilinie

Die Entscheidung im Rat fiel nach geheimer Abstimmung mit 38 Stimmen bei 17 Gegenstimmen der Grünen und Linken. CDU, SPD und FDP hatten schon vorher ihre Zustimmung angekündigt. „Die wissen genau, was sie tun“, sagt Ulrich Grubert vom Niederrheinischen Umweltschutzverein, der seit Jahren mit wechselndem Erfolg gegen den Bau Front macht, ein Tag nach der Abstimmungs-Niederlage. Sein Trost: Die Niederlage war nicht ganz vollständig. „Es ist uns immerhin gelungen, acht Mitglieder zu überzeugen, gegen das Kraftwerk zu stimmen.“



Kraftwerke am Niederrhein Grafik: Gerd bertelmann Foto: NRZ

Auf der Gegenseite stieß der Beschluss natürlich auf Zustimmung und Freude. „Es ist wirklich nicht selbstverständlich, dass sich der Rat in einer Sondersitzung zu einem solchen Schritt entschließt“, erklärt Elmar Thyen vom Kraftwerksbetreiber Trianel.

Die Gegner werden klagen

Indes haben der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) und der Niederrheinische Umweltschutzverein (NUV) bekräftigt, gegen das Steinkohlekraftwerk notfalls auch zu klagen. In Vorbereitung sind zunächst Einwändungsformulare, die mit einer Auflage von 100 000 Stück in Krefeld und Duisburg verteilt werden sollen, sobald der Genehmigungsantrag öffentlich ausliegt. Entsprechende Einwändungen an den Regierungspräsidenten seien die Voraussetzung, zum Erörterungstermin eingeladen zu werden. Auch für spätere Klagen sind Einsprüche erforderlich.

„Das Papier für die 100 000 Formulare sollten sich die Kraftwerkgegner sparen. Schon aus ökologischen Gründen“, reagiert Thyen von Trianel. Einer Klage sieht er gelassen entgegen. „Es gibt in der Bundesrepublik keinen Kraftwerksbau in dieser Größenordnung, gegen den nicht juristisch vorgegangen wird“, betont der Leiter der Trianel-Unternehmenskommunikation.

Gute Chancen

Doch trotzdem sehen die Gegner gute Chancen, die Anlage verhindern zu können. Nicht zuletzt, weil die Stadt Krefeld den Bebauungsplan für das Kraftwerksgelände nicht ändern will. Auch immissionsrechtliche Gründe spielen eine Rolle. Schon heute werden die Feinstaub-Grenzwerte am Krefelder Hafen deutlich überschritten, 2009 sogar 48mal. „So oft wie an keiner anderen Stelle im Land Nordrhein–Westfalen. „Da kommt ein richtiger Giftcocktail auf die Bewohner Krefelds und Duisburg zu“, warnt auch Dirk Jansen, Geschäftsführer des Bundes für Umwelt und Naturschutz (BUND) in Nordrhein-Westfalen. Er zweifelt auch an der Wirtschaftlichkeit der Anlage: „Die Stadtwerke Krefeld haben ihre zugesagte Abnahmemenge schon von 150 Megawatt auf 30 Megawatt gesenkt. Andere Stadtwerke werden noch folgen.“

Im Frühjahr liegen die Pläne aus

Einen Bedarf für ein solches zusätzliches Kraftwerk, das unter anderem auch Bayer mit Strom beliefern soll, gebe es nicht. „Nordrhein-Westfalen exportiert schon jetzt Energie.“ Statt der Verstromung von importierter Steinkohle – Jansen: „Früher wurde die von Gewerkschaften Blutkohle genannt“ – empfehlen die Gegner trotzdem als Alternative ein Gas- und Dampfturbinenkraftwerk.



Kraftwerk Walsum Foto: Hans Blossey Foto: Hans Blossey

Doch davon will der Bauherr, der den technischen Betrieb nach Fertigstellung an Bayer übergeben wird, nichts wissen. Trianel legt im Frühjahr die Pläne offen und rechnet mit einem Erörterungstermin durch die Bezirksregierung noch im Sommer dieses Jahres. „Wir sind optimistisch, dass wir Ende 2010/Anfang 2011 das Kraftwerk endlich bauen können“, erklärt Thyen.

NRZ

Freitag 15.01.2010

Umwelt **Kraftwerk: Gutachter mahnt zur Vorsicht**

Ingo Blazejewski



Rheinhausen/ Krefeld. Der Stadtrat Krefeld gibt mehrheitlich grünes Licht für den Bau der umstrittenen Anlage an der Stadtgrenze. Umweltschützer kündigen prompt massive Einsprüche an.

Der Krefelder Stadtrat hat den Weg für das Kohlekraftwerk rechtlich freigeräumt – mal wieder. Zum x-ten Mal hat die breite Ratsmehrheit ihre politische Zustimmung zu dem umstrittenen Bau der 750-Megawatt-Anlage bekräftigt, einmal mehr hat das Vorhaben auf kommunaler Ebene die oft zitierte „letzte Hürde“ genommen. Inzwischen geht es um planungsrechtliche Spitzfindigkeiten und juristische Feinheiten, mit denen sich nicht nur die Ratsleute überfordert fühlen dürften. Auch die Fachleute in der Stadtverwaltung hatten sich angesichts der unklaren Gesetzeslage erst einmal einen Gutachter ins Haus geholt. Diesmal ging es um einen weiteren Schritt im langwierigen Planungsprozess.

Die Abstimmung im Rat mit den ausführlichen Stellungnahmen beider Seiten avanciert zum Schaukampf. Die Zuschauerplätze im Ratssaal sind dabei wie immer voll besetzt: Mit Mitarbeitern des Chemparks, die um ihre Jobs fürchten, sollte das

Millardenprojekt kippen, und mit Kraftwerksgegnern aus Umweltverbänden und Bürgerinitiativen, die den Kohlekoloss für eine unzeitgemäße Energieversorgung halten und um die saubere Luft vor der eigenen Haustür fürchten. Vor allem in Rheinhausen, wo die meisten Emissionen des Uerdinger Kraftwerks niederschlagen.

Am Ende der langen Debatte im Rat hat sich freilich nichts geändert. Die breite Mehrheit aus CDU, SPD und FDP stimmt dem „gemeindlichen Einvernehmen“ zum Kraftwerk und Kohleanleger wie erwartet zu, Grüne und Linke lehnen ab.

Im Kern ging es um die Frage, ob für den Anleger die alten Bebauungspläne geändert werden müssen. Selbst der Gutachter, auf den sich die Ratsmehrheit stützt, lässt eine Hintertür. Auf anderthalb Seiten erklärt Professor Bernhard Stür, die Stadt könne der Bezirksregierung als Aufsichtsbehörde ihr „Einvernehmen“ erteilen. Andererseits schreibt Stür, es „empfehle sich“, die alten Pläne mit einer „begleitenden Bauleitplanung“ an das aktuelle Vorhaben anzupassen und die Erkenntnisse des jüngsten OVG-Urteils, das den Bau des Kraftwerks in Datteln auf Eis legte, einfließen lassen.

Für die Umweltverbände ist der Teil des Gutachtens ein gefundenes Fressen. „Auf dünnem Eis“ würden sich daher Stadt, Rat und Trianel mit dem Beschluss bewegen, sagte Norbert Bömer, Vorsitzender der Rheinhauser Bürgerinitiative. Intern bereite man sich auf die Offenlage der Genehmigungsunterlagen vor. Die Verbände haben längst massive Einsprüche angekündigt. Bömer: „Das wird uns im Laufe dieses Jahres nachhaltig beschäftigen“.

Flächennutzung **Gerangel um den Zipfel**

Ingo Blazejewski



Rheinhausen/ Krefeld. Die Stadt Duisburg darf beim umstrittenen Kohlekraftwerk in Uerdingen mitreden: Kühlwasserrohre und Förderband laufen über Hohenbudberger Gebiet.

Ein kleiner Zipfel des Duisburger Stadtgebiets sorgt dafür, dass jetzt auch die Stadt Duisburg mitten im Genehmigungsverfahren für das umstrittene Steinkohlekraftwerk direkt an der Grenze zu Uerdingen steckt. Denn wie den Plänen des Kraftwerksbauers Trianel zu entnehmen ist, verläuft sowohl die unterirdische Kühlwasserleitung über diese Grünfläche, als auch der Rohrgurtt Förderer für die Kohleanlieferung. Dafür ist im Genehmigungsprozess das „gemeindliche Einvernehmen“ der Stadt Duisburg nötig. Was den Krefelder Rat in dieser Woche nachhaltig beschäftigt hat, steht damit jetzt auch in Duisburg auf der Tagesordnung. Am 25. Januar muss sich der Rat entscheiden, ob er dem Verlauf der Leitung und des Förderbands zustimmt.

Dass die Duisburger Politik den Weg für den Kraftwerksbau ebenso ebnet wie die Krefelder ist äußerst zweifelhaft. Schon die Chefs von Trianel und vom Chempark wunderten sich in der Vergangenheit darüber, dass der Protest gegen die 750-Megawatt-Anlage in Duisburg größer als in Krefeld selbst zu sein scheint. Die Ablehnung hat sich zumindest in der Bezirksvertretung Rheinhausen bereits deutlich zementiert.

Plan sieht an der Stelle Ausgleichspflanzungen vor

Das Gremium fasste am Donnerstag Abend einstimmig den Beschluss, dem Milliardenprojekt das „gemeindliche Einvernehmen“ von Duisburger Seite zu versagen. Allein die CDU wollte sich an der Abstimmung nicht beteiligen. Fraktionschef Ferdi Seidelt denunzierte das geplante Kraftwerk zwar in der Vergangenheit oft genug als „Klimakiller“ und „Drecksschleuder“, ebenso hatte aber CDU-Ratsfrau Gabi Partenheimer deutlich ihre Unterstützung zu dem Projekt signalisiert.

Freilich ist der Rheinhauser Beschluss nur eine Empfehlung an den Rat. Wie sich die Fraktionen in anderthalb Wochen entscheiden werden, ist offen, weil die Duisburger Beteiligung an dem Genehmigungsprozess den meisten Politikern noch gar nicht bekannt ist. Und auch im Rathaus arbeitet man noch an der entsprechenden Vorlage.

„Zu dem ganzen Thema hatte man sich aus Duisburg ja bisher nicht positiv geäußert“, sagt Susanne Stölting, Referentin des Umweltdezernenten. Weil das Papier noch intern beraten wird, will sie sich nicht zu den Inhalten äußern. Dass die Leitungen rund 200 Meter über Duisburger Gebiet laufen, weiß die Stadt erst sicher, seit im Dezember die Aufforderung zum gemeindlichen Einvernehmen der Bezirksregierung Düsseldorf eintrudelte. Im Sommer 2009 hatte es zwar Gespräche zwischen der Stadt und Projektbetreibern gegeben, dabei sei allerdings noch von „Überlegungen“ die Rede gewesen.

Der Flächenzipfel ist Teil des Gewerbegebiets Hohenbudberg, der betroffene Bereich wird für Ausgleichspflanzungen genutzt, die auch im Bebauungsplan festgeschrieben sind.

Am Ende bleibt die Frage, ob man dem Kraftwerksbauer Knüppel zwischen die Beine werfen will oder nicht. Und: Wie gewichtig ist das Instrument des gemeindlichen Einvernehmens? Was passiert, wenn Duisburg ablehnt? Ob die Bezirksregierung der Ablehnung folgt, komme auf die Begründung an, sagt Stölting.

Der Fall hängt im Zweifel dann an juristischen Feinheiten. Ablehnen darf die Gemeinde nur aus bestimmten Gründen, zum Beispiel wenn das Vorhaben den Grundzügen der ausgewiesenen Planung widerspricht. Laut Gesetz kann die Bezirksregierung nur ein rechtswidrig versagtes Einvernehmen ersetzen.

In Krefeld reicht das Einvernehmen nicht aus

In Düsseldorf will sich die Genehmigungsbehörde nach dem Urteil des Oberverwaltungsgerichts Münster, dass den Bau des Kraftwerks in Datteln kippte, offenbar auf alle Eventualitäten absichern. Einen Tag nachdem der Krefelder Rat sein Einvernehmen erteilt hatte, forderte die Bezirksregierung bereits von den Krefeldern eine weitergehende Stellungnahme, ob die alten Bebauungspläne auch wasserdicht sind oder ob sie an das Projekt angepasst werden müssen.

Auf einem ganz anderem Blatt steht, ob die Stadt Duisburg es dem Unternehmen später überhaupt gestattet, tatsächlich die Leitungen auf ihrem Grundstück zu verlegen. „Darüber wird in der Regel ein Vertrag geschlossen“, sagt Stölting. Anders als bei der CO-Pipeline, für die der Landtag ein Enteignungsgesetz beschlossen hat, können sich Currenta und Trianel nicht über den Willen der Grundstücksbesitzer hinwegsetzen.

Sollte Trianel mit seinen Plänen in Duisburg auf Widerstand stoßen, bleibt dem Unternehmen noch eine andere Möglichkeit: Es verlegt den Verlauf der Kühlwasserleitung und des Förderbands auf eine andere Strecke, die auf Krefelder Stadtgebiet liegt.

Und dann wäre die Stadt Duisburg, obwohl nur wenige Meter vom Kraftwerk entfernt, beim Genehmigungsprozess wieder komplett aus dem Rennen.

Rheinische Post

Samstag 16.01.2010

Kohle von der Kohle – das riecht

VON FRITZ SCHUBERT

Kreis Wesel (RP) RP-analyse Die enorme Vergütung für kommunale Spitzen im RAG-Regionalrat hat mehr als nur einen Beigeschmack. Landrat Dr. Ansgar Müller beschränkt sich in seinen Erklärungen auf das Formale und ignoriert öffentliches Unbehagen.

Seit Weihnachten stehen Bürgermeister und Landräte unter Beschuss, weil ihre Mitgliedschaft im RAG-Regionalbeirat fürstlich vergütet wird. Nach der FDP, die der subventionierten Ruhrkohle AG ohnehin nicht über den Weg traut, haben in dieser Woche auch die Grünen – immerhin Bündnispartner der SPD im Kreistag – scharfe Kritik losgelassen. Außerdem erhebt der Moerser Rechtsanwalt Hans-Peter Schneider Vorwürfe. Der Zweck des Gremiums, die Begleitung des Stilllegungsprozesses der Zechen, gehöre zu den Dienstpflichten der Bürgermeister der betroffenen Kommunen. Durch die Annahme der Leistungen hätten sich Amtsträger der Vorteilsnahme strafbar gemacht, so der Anwalt. Sollte einem "nicht pflicht- und rechtmäßiges Handeln" in den Sinn gekommen sein, komme Bestechlichkeit hinzu. Die Kritik im Kreis wird weitergehen. Denn FDP und Grüne tragen das Thema in den Kreistag. Zielscheibe: Landrat Dr. Ansgar Müller (SPD). Der beschränkte sich in seinen bisherigen Stellungnahmen aufs Formale. Als Jurist tut er das mit der ihm eigenen Genauigkeit. Was Müller ignoriert, ist das öffentliche Unbehagen. Und das hat viele Gründe.

Auch wenn derzeit die Kulturhauptstadt Ruhr 2010 pompös gefeiert wird, ist im Kreis Wesel der Streit um den Austritt aus dem Regionalverband Ruhr (RVR) nicht vergessen. Die erforderliche Zwei-Drittel-Mehrheit kam nicht zustande, weil die SPD nicht mitzog. Müller spielte in der Ruhrgebietstreue eine tragende Rolle und geriet in die Kritik, weil er für den weiter einzahlenden Kreis Wesel keine Gegenleistungen aushandelte.

SPD, Ruhrkohle AG, DGB, RVR – um nur einige zu nennen – werden am Niederrhein gern in einen Topf geworfen. Da stößt es besonders sauer auf, dass unlängst die 15 000-Euro-Vergütung für die Mitglieder des RAG-Regionalbeirates auf den Tisch kam. Die FDP sagt unverhohlen, dass der Bergbau sich damit die Bürgermeister und Landräte bergbaubetroffener Gebiete kauft. Sie attestiert Müller Befangenheit. Er habe im Kreistag stets für die Fortführung des Bergbaus votiert. Ende 2009 hatten die Liberalen oft nachgehakt, ob der Landrat die Proteste gegen Abbau unter Kloster Kamp weitergereicht hat. Die Grünen sehen zwar keinen Anlass zur Vermutung, dass der Verwaltungschef nicht die Interessen des Kreistages vertreten hat. Aber sie finden deutliche Worte, geben Volksempfinden eine Stimme: Maßlos und völlig inakzeptabel seien die Segnungen für die Beiratsmitglieder. Gerade von dem mit Steuergeld hochsubventionierten Unternehmen RAG sei sorgsamer Umgang mit Geld zu erwarten.

NRZ Dinslaken-Voerde-Hünxe

Donnerstag 21.01.2010

Wasserversorgung:

Uhlenberg weihet Filteranlage ein

Heinz Ingensiep



Voerde/Dinslaken. Seit Anfang Juni 2009 lief die Nanofiltrationsanlage im Wasserwerk Löhnen im Probetrieb. Inzwischen wurde der Testlauf der Anlage, die mögliche vom Bergbau verursachte Verunreinigungen des Grundwassers durch Rheinwasser herausfiltern soll, abgeschlossen.

Das ist Anlass für die Stadtwerke Dinslaken, deren Tochterunternehmen hier Trinkwasser aus einem unterirdischen Reservoir fördert, die größte Anlage dieser Art eines kommunalen Wasserwerks in Deutschland einzuweihen.

Die feierliche Inbetriebnahme ist für Freitag, 26. Februar, 11 Uhr, vorgesehen. NRW-Umweltminister Eckhard Uhlenberg wird sich dafür extra nach Löhnen bemühen. Knapp zwei Monate später, am 25. April, öffnen die Stadtwerke (SD) ihr Wasserwerk mit der neuartigen Filteranlage zum „Tag der offenen Tür“. Dann hat die Öffentlichkeit von 11 bis 18 Uhr Gelegenheit, sich die

Technik erläutern zu lassen. Damit an dem Tag nicht das Landschaftsschutzgebiet am Mommbach zugesperrt wird, wird ein Bus-Shuttle von Dinslaken nach Löhnen organisiert.

Die neue Filtrations-Technik wurde nötig, weil der Kohleabbau in der Mommbachniederung zu Beeinträchtigungen bei der Wassergewinnung in Löhnen geführt hat. Durch Bergsenkungen kann in die Förderbrunnen des Wasserwerks Rheinuferfiltrat gelangen. Die Nanofiltrationsanlage filtert alle Stoffe heraus, die im Trinkwasser unerwünscht sind. Das Wasser wird auf dem Weg zu den Brunnen durch die Kiese und Sande des Rheinuhrstromtals vorgereinigt und kann mit der neuen Anlage zu Trinkwasser aufbereitet werden.

Die Anlage werde in den kommenden Jahrzehnten allen Anforderungen genügen, versprechen die Wasserwerker. Sie arbeitet zunächst im Einfahrbetrieb mit Teillast so, dass zunächst nur eine Teilwassermenge aufbereitet wird. Die letzte Aufbereitungsstufe, in der das Rohwasser über dolomitisches Gestein geleitet und so „aufgehärtet“ wird, ist noch nicht aktiv. Momentan haben die im Rhein enthaltenen Störstoffe die Wassergewinnungsanlagen noch nicht erreicht. Es sei daher nicht erforderlich, den gesamten Rohwasserstrom über die Nanofiltrationsanlage zu führen, heißt es. Zunächst durchströmen nur 51,5 Prozent des Brunnenwassers die Filtrationsanlage, der Rest ist Rohwasser aus dem Grundwasservorkommen. Die beiden „Wässer“ werden gemischt. Das Trinkwasser liegt mit 12 Grad deutscher Härte weiter im Härtebereich „mittel“.

Um einer Gefährdung der Wassergewinnung vorzubeugen, wurden Vorfeldmessstellen in Rheinnähe eingerichtet, um frühzeitig Nachweise von eindringendem Rheinwasser in den Grundwasserleiter zu erhalten.

Über das Pumpwerk ins Leitungsnetz

Nachdem das Kalk-Kohlensäure-Gleichgewicht im Teillastbetrieb mittels Zudosierung von Natronlauge hergestellt wurde, gelangt das Wasser in die beiden Vorratswasserspeicher. Von dort aus wird es über das nachgeschaltete Pumpwerk in die Transportleitung eingespeist und über die Druckerhöhungsanlage Dinslakener Straße dem Versorgungsnetz der Stadtwerke Dinslaken zugeführt. *ingens*

NRZ Dinslaken-Voerde-Hünxe

Donnerstag 21.01.2010

VOR 10 JAHREN

Schacht Lohberg förderte Wasser

Neben dem Hauptprodukt Kohle sollte die Schachtanlage Lohberg nach dem 21. Januar 2000 auch Trinkwasser fördern. Zum 1. März des Jahres sollten rund 1,8 Millionen Kubikmeter Wasser in die Versorgung der Stadtwerke Dinslaken einfließen. Eine Ausweitung des fließenden Geschäftes für die Stadtwerke um rund 40 Prozent. Das Wasser sollte aus den Brunnen des Schachtes Löhnen fließen und die Wasserpreise im Raum Dinslaken über zwei Jahre konstant niedrig halten. Durch den Auslauf des Wasserlieferungsvertrages zwischen Schachtanlage und den Niederrheinischen Gas- und Wasserwerken Ende Februar kam es zu Gesprächen über die Wasserversorgung mit den Stadtwerken Dinslaken ; „die beiden Seiten Freude machen“, so der damalige Geschäftsführer der Stadtwerke Bartsch. Zur Herstellung der Wasserversorgung wurden 1 500 Meter Versorgungleitungen verlegt, mit dem Ziel, die Lieferung des wertvollen nassen Gutes sicherzustellen. Bedeutsam für die Stadtwerke: eine Ausweitung des Geschäftes um rund 40 Prozent mit „angemessener Marge.“

NRZ

Donnerstag 21.01.2010

Neue Kanäle

14 Millionen Euro

Rheinberg. Der Kohleabbau hat in Rheinberg Sanierungskosten von rund 14 Millionen Euro verursacht. In den Siedlungen Annaberg, Orsoyerberg und Vierbaum müssen jetzt stark beschädigte Kanäle erneuert werden, mit den Arbeiten soll noch in diesem Monat begonnen werden. 54 Prozent der Kosten übernimmt dabei die Ruhrkohle AG, den Rest des Geldes muss die Stadt Rheinberg beisteuern. Insgesamt soll das Kanalinstandsetzungsprogramm bis zum Jahr 2015 dauern.

Rheinische Post

Dienstag 26.01.2010

Krefeld

Kraftwerk: Streit mit Duisburg

VON SEBASTIAN PETERS UND MIKE MICHEL

Krefeld (RP) Der Duisburger Rat hat am Montagabend die Genehmigung einer Kühlwasserleitung versagt. Der Currenta-Betriebsrat Detlef Rennings wirft den Duisburgern jetzt vor, ihr eigenes Kraftwerk vor Konkurrenz schützen zu wollen.

Zwei Projekte im Uerdinger Chempark sorgen für politische Missstimmung zwischen Krefeld und Duisburg. Montagabend hat der Duisburger Rat eine Kühlwasserleitung für das geplante Steinkohlekraftwerk abgelehnt, die 210 Meter auf Duisburger Stadtgebiet laufen soll; auch die CDU votierte dagegen, nur die FDP war für die Genehmigung.

Außerdem haben sich die Duisburger SPD-Landtagsabgeordneten Gisela Walsken und Ralf Jäger gegen die für den Chempark wichtige CO-Pipeline ausgesprochen. Vor den NRW-Landtagswahlen droht der Chempark zum politischen Spielball zu werden.

7000 Arbeitsplätze hängen am Chempark, auch 1200 Duisburger arbeiten im Werk. Stefan Dresely, Leiter des Chemparks, warb deshalb in den vergangenen Tagen um ein positives Votum der Duisburger Politik: "Wir brauchen für die Umsetzung dieses Projektes die Unterstützung unserer Nachbarn, ganz besonders die der Stadt Duisburg."

"Durchaus widersprüchlich"

In der Nachbarstadt mehren sich die kritischen Stimmen gegen den Uerdinger Chempark. Ein weiteres Anzeichen ist die Forderung der Duisburger SPD-Landtagsabgeordneten Gisela Walsken und Ralf Jäger an die Bezirksregierung, die

Genehmigung für die CO-Pipeline zurückziehen und die Betriebserlaubnis ablehnen. Im Duisburger Westen, direkt an der Stadtgrenze zu Krefeld, nimmt die SPD Anstoß am geplanten Kohlekraftwerk – mit Erfolg, wie die gestrige Ratssitzung zeigte.

Selbst SPD-intern ist allerdings der Kurs umstritten. Rainer Bischoff, SPD-Landtagsabgeordneter für den Duisburger Westen, räumte im Gespräch mit unserer Zeitung ein, dass auch er es für ein Paradoxon hält, dass Duisburg in Walsum, an der Grenze zu Dinslaken, ein Steinkohlekraftwerk baue, während sie im Westen das Krefelder Kraftwerk ablehne. "Das ist durchaus widersprüchlich", sagte Bischoff. Rechtlich sei die Ablehnung der Kühlwasserleitung und eines dort ebenfalls in Betracht gezogenen Kohleförderbandes aber legitim. "In den Unterlagen der Verwaltung wird allerdings ausschließlich planungsrechtlich argumentiert."

Der Currenta-Betriebsrat sieht die Signale aus Duisburg mit Sorge: "Unsere Duisburger Kollegen sagen mir neuerdings oft, dass sie nicht mehr wissen, wen sie noch wählen sollen", sagt Detlef Rennings, Betriebsratsvorsitzender von Currenta. Er glaubt, dass die Duisburger Politik nicht aus umweltrechtlichen Gründen gegen das Krefelder Kraftwerk ist: "Die Duisburger sind durch ihr Kraftwerk gut mit Strom versorgt, warum sollten sie mit dem Krefelder Kraftwerk eine Konkurrenz neben sich dulden?"

Die Bezirksregierung Düsseldorf lässt noch offen, wie sie mit der Entscheidung aus Duisburg umgeht. Sprecherin Jennifer Spitzner bestätigte unserer Zeitung, dass ihre Behörde ein rechtswidriges gemeindliches Einvernehmen ersetzen kann. Andernfalls gäbe es für Trianel die Möglichkeit einer Schadensersatzklage. Spitzner: "Die Bezirksregierung wird das Genehmigungsverfahren rechtmäßig durchführen, so dass für diese Fragestellung kein Raum bleibt."

Rheinische Post

Dienstag 26.01.2010

Krefeld

Kommentar: Partei für alle Arbeiter?

VON SEBASTIAN PETERS

Krefeld (RP) Die Debatte um den Uerdinger Chempark mit den Projekten Kraftwerk und CO-Pipeline riecht verdächtig nach Kirchturmspolitik. Die Duisburger Sozialdemokraten müssen sich fragen lassen: Hätten sie in der Frage der Kühlwasserleitung genauso entschieden, wenn das Kraftwerk auf Duisburger Stadtgebiet gestanden hätte?

Auch die Signale der Landtagsabgeordneten Walsken und Jäger gegen die CO-Pipeline kommen überraschend. Die Partei scheint ein Wahlkampfthema zu suchen und zu finden – und entfernt sich in der Arbeiterstadt Duisburg plötzlich von ihrer alten Wählerschaft.

NRZ

Mittwoch 27.01.2010

Nebenverdienste : NRW-Abgeordnete kassieren im Regionalbeirat der RAG



Düsseldorf. Offiziell sollen die Abgeordneten ihre Expertise einsetzen, um das staatlich subventionierte Unternehmen RAG zu unterstützen. Doch ein fader Beigeschmack bleibt, wenn die drei Landtagsabgeordneten für wenige Sitzungen im Jahr über 15.000 Euro kassieren.

Drei Abgeordnete des Düsseldorfer Landtags haben hohe Vergütungen für eine Mitgliedschaft in einem Beratungsgremium der Ruhrkohle (RAG) kassiert. Obwohl der sogenannte Regionalbeirat NRW der RAG AG im vergangenen Jahr nur zwei Sitzungen abhielt, bekamen die Abgeordneten Regina van Dinther, Josef Hovenjürgen (beide CDU) und Edgar Moron (SPD) im Jahr 2009 jeweils mehr als 15 000 Euro, wie am Mittwoch aus der Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage der Grünen für die Sitzung des Wirtschaftsausschusses hervorging. Der Vorgang löste geteilte Reaktionen aus.

15.000 Euro fix plus 200 Euro pro Sitzung

Nach Auskunft der RAG gehören dem Beirat neben den drei Landtagsabgeordneten Vertreter der Bergbau-Kommunen im Revier an. Pro Jahr erhält jedes Mitglied des Gremiums eine Vergütung in Höhe von 15 000 Euro. 2008 hielt der Beirat drei Sitzungen ab. Pro Sitzung bekommt jedes Mitglied noch einmal 200 Euro extra.

Laut einem Bericht des WDR-Fernsehens von Dienstagabend sollen die Bürgermeister und Landräte die RAG-Gelder zumindest teilweise an ihre Kommunen abgeführt haben, während die drei Landtagsabgeordneten die Vergütung behielten. Von der CDU- und der SPD-Landtagsfraktion war dazu kein Kommentar zu erhalten.

Landtagsabgeordnete müssen Nebeneinkünfte nicht abführen

Rathauschefs sind rechtlich dazu verpflichtet, Vergütungen über 6000 Euro an ihre Kommunen abzuführen. Nach Angaben eines Landtags-Sprechers besteht eine derartige Vorschrift für Abgeordnete des Landesparlaments nicht: «Die drei im Regionalbeirat vertretenen Landtagsabgeordneten haben ihre Beratungstätigkeit den Verhaltensregeln des Landtags entsprechend angezeigt».

«Der Regionalbeirat NRW der RAG soll bei der Bewältigung von Problemen im Zusammenhang mit den Auswirkungen der Geschäftstätigkeit der RAG auf die Regionen beraten», sagte ein RAG-Sprecher. Die Einrichtung des Regionalbeirats und die entsprechende Vergütung seien Ende 2007 öffentlich angekündigt worden.

Landtagsvizepräsident Moron sprach von einer «üblichen» Vergütung. Es sei längst bekannt und somit «kalter Kaffee», dass er neben den beiden CDU-Vertretern Mitglied dieses Gremiums sei. Der Beirat begleite die RAG beim schwierigen Prozess der Zechenschließungen. Parlamentspräsidentin van Dinther war für eine Stellungnahme zunächst nicht erreichbar.

CDU-Abgeordneter Hovenjürgen nennt Vergütung „zu hoch“

Der CDU-Abgeordnete Hovenjürgen, der offenbar wegen seiner Funktion als Vorsitzender des Landtags-Unterausschusses Grubensicherheit in das Gremium berufen worden war, räumte ein, dass die Vergütung «zu hoch» sei. Im Februar werde er sich bei der nächsten Sitzung des Beirats für eine Absenkung einsetzen. Die im Juli 2009 erstmals ausgezahlte Jahresvergütung wolle er spenden.

Die Grünen forderten den Verzicht auf Vergütungen für die Gremienarbeit beim staatlich subventionierten Unternehmen RAG. «Es ist nichts dagegen einzuwenden, wenn die RAG sich im Zusammenhang mit dem Bergbau den Rat von Bürgermeistern und Landtagsabgeordneten einholt», sagte Grünen-Fraktionsvize Reiner Priggen. «Aus unserer Sicht bedarf es jedoch für diesen Rat keinerlei Bezahlung, schon gar nicht über 15 000 Euro im Jahr.»

Bundesregierung sowie Nordrhein-Westfalen und das Saarland hatten sich 2007 nach jahrelangem Streit darauf verständigt, die Steinkohleförderung in Deutschland 2018 auslaufen zu lassen. Bis dahin finanzieren Bund und Länder den sozialverträglichen Ausstieg aus dem Bergbau mit rund 21,5 Milliarden Euro. (ddp)

NRZ Rheinberg

Mittwoch 27.01.2010

Das doppelte Beben

Alexander Florie

Rheinberg. Das kleine Pfarrheim St. Anna war überfüllt, so viele Menschen hatten sich dort zu der öffentlichen Info-Veranstaltung der Stadt eingefunden. „Wenn wir das gewusst hätten, wären wir vielleicht doch in die Stadthalle gegangen“, war Bürgermeister Hans-Theo Mennicken überrascht.

Das kleine Pfarrheim St. Anna war überfüllt, so viele Menschen hatten sich dort zu der öffentlichen Info-Veranstaltung der Stadt eingefunden. „Wenn wir das gewusst hätten, wären wir vielleicht doch in die Stadthalle gegangen“, war Bürgermeister Hans-Theo Mennicken überrascht. Viele verfolgten die Debatte zum Thema Bergschäden im Stehen. „Aber wir dachten, die Menschen am Annaberg sind betroffen, also sind wir hier“, so Mennicken.

Der Sprecher der Schutzgemeinschaft Bergbaubetroffener Rheinberg (SGB), Ulrich Behrens, zeigte sich „tief gerührt“ darüber, wieviele Menschen gekommen waren. „Das zeigt: Der Annaberg bebt, und zwar im doppelten Sinne.“ Die Stadt habe anscheinend den aufgestauten Zorn vor Ort falsch eingeschätzt, so der SGB-Sprecher. „Aber sie alle werden eh nur Herumgerede hören.“

Andauernde Belästigungen

Viele der Betroffenen waren nach den zahlreichen Erderschütterungen und den bergbaubedingten Stromausfällen im Dezember am Annaberg doch einigermaßen geladen. Entsprechend machten viele Redner ihrem Unmut über die dauernden Belästigungen an zu reparierenden Häusern, die katastrophalen Zustände auf den Straßen und Gehwegen in der Siedlung, das Warten auf Gelder und die seelischen Folgen des Bergbaus Luft – das eigentliche Thema der Bergschadensregulierung kam eher am Rande vor. Deutlich wurde das tiefe Misstrauen gegenüber den beiden Ruhrkohle-Vertretern – dem Markscheider des Bergwerks West, Heinz-Dieter Pollmann und dem Leiter der RAG-Bergschadensabteilung, Franz-Josef Kirsch. „Kriegen wir das schriftlich?“, rief ein Bürger, als Pollmann das Ende der West-Abbauplanung für Alpsray und den Annaberg für Ende 2010 skizzierte.

Entsprechend schwer hatten es die RAG-Vertreter, sich in die Debatte einzubringen, was allerdings auch an ihrer Argumentation lag. Warum wurde beispielsweise nicht Blasversatz für einen schonenden Abbau gewählt? „Bis 1997 hat man das auf West gemacht, so konnte man Senkungen und Pressungen um 50 Prozent reduzieren“, lautete Kirschs Antwort. „Wir haben dafür in Rheinberg aber keine Infrastruktur, und es kostet uns 30 bis 40 Euro pro Tonne Kohle mehr.“

Den Unmut aller Anwesenden fasste Hermann Bellesen am besten zusammen. „Der Durchschnitt der Leute hier liegt bei 70 Jahren. Die haben vor 40 Jahren Immobilien für ein späteres Leben in Ruhe erworben – was ist daraus geworden?“ Den Annaberg müsse man eigentlich zur Katastrophen-Landschaft erklären. „Hören Sie auf damit, die letzte Bauhöhe unter Annaberg abzubauen – damit die Leute bis zur Bahnlinie nicht das erleben, was wir erleben müssen.“

Rheinische Post Krefeld

Mittwoch 27.01.2010

Kraftwerk – scharfe Kritik an Duisburger SPD

Krefeld (RP) Deutlich hat gestern der Krefelder SPD-Fraktionschef Ulrich Hahnen auf das Abstimmungsverhalten der Duisburger SPD-Ratsfraktion zum Krefelder Kraftwerk reagiert. "Für mich ist das Kirchturmdenken."

Bis auf die FDP hatten sich im Duisburger Rat alle Parteien und Gruppen für den Vorschlag der Verwaltung gestimmt, das "gemeindliche Einvernehmen" für eine Kühlwasserleitung nicht zu erteilen. Die Duisburger Genossen lägen mit ihrer Einschätzung falsch, sagt Hahnen und sieht seine Position durch das SPD-Landeswahlprogramm gedeckt.

Die Position der Landes-SPD

Dort hat sich die Landes-SPD auf folgende Position zu Kohlekraftwerken festgelegt: "Wir werden hocheffiziente und klimafreundliche Kohlekraftwerke fördern. Deshalb sollen diejenigen Zuschüsse aus den Einnahmen des Emissionshandels

erhalten können, die in neue hocheffiziente Kraftwerke, weitestgehend mit Kraft-Wärme-Kopplung, investieren. Wir werden uns dafür einsetzen, dass alte ineffiziente Kraftwerke schnell abgeschaltet werden und in NRW die Technik der Abscheidung von Kohlendioxid weiter forciert wird."

Hahnen sagte gestern zu unserer Zeitung: "Ich finde es erstaunlich, dass die Duisburger sich mit der Entscheidung für das Kraftwerk in Walsum ohne Kraft-Wärme-Kopplung so leicht taten." Es habe vor Monaten ein Gesprächsangebot der Krefelder SPD gegeben, bestätigte Hahnen. Dies sei von Duisburg nicht wahrgenommen worden.

Rheinische Post Duisburg

Mittwoch 27.01.2010

Trianel prüft strittige Punkte

Duisburg (RP) Chempark-Leiter Dr. Stefan Dresely bedauert die Entscheidung des Duisburger Rates, das gemeindliche Einvernehmen zu einer Kühlwasserleitung für das Kohlekraftwerk in Uerdingen nicht zu erteilen. Ein kleines Stück dieser Leitung soll wie berichtet in Hohenbudberg über Duisburger Stadtgebiet laufen.

"Bei der Realisierung des Kraftwerks geht es um die Zukunft des Standorts und um einen positiven Beitrag für die Region", so Dresely. Immerhin arbeiteten auch 1200 Duisburger im Chempark, die rund 40 Millionen Euro an Nettokaufkraft zur Verfügung hätten.

Martin Hector, Geschäftsführer der Trianel Kohlekraftwerk Krefeld Projektgesellschaft, kündigt an: "Wir werden die Auswirkungen des Ratsbeschlusses auf das Projekt prüfen, sind uns aber sicher, die strittigen Punkte im Einvernehmen mit der Bezirksregierung zeitnah zu klären."

NRZ Rheinberg

Donnerstag 28.01.2010

Das Stinkt zum Himmel

Peter Bußmann

Rheinberg. Die Bürgerinformation im Annaberger Pfarrheim gab einen Eindruck von dem, was die Rheinberger in kommenden Jahren an Nachwirkungen des Kohleabbaus erwartet. Auch Jahre später, wenn der Abbau längst eingestellt ist.

Die Bürgerinformation im Annaberger Pfarrheim gab einen Eindruck von dem, was die Rheinberger in kommenden Jahren an Nachwirkungen des Kohleabbaus erwartet. Auch Jahre später, wenn der Abbau längst eingestellt ist. Nötig ist das so genannte „Bergsenkungsbedingte Kanalinstandsetzungsprogramm“ am Orsoyerberg, in Vierbaum, in Randlagen von Orsoy und am Annaberg. Die Sanierung ist durch den Bergbau notwendig geworden. Es sind Risse und Brüche entstanden, an manchen Stellen sind Schmutz- oder Regenwasserkanäle sogar komplett abgerissen. Schief lagen der Rohre gibt es auch.

Verändertes Gefälle

Die meisten städtischen Kanäle sind Gefällekanäle, lassen das Abwasser zu einer Pumpstation wie an der Wiesenstraße fließen. Doch der Kohleabbau hat die Fließrichtungen der Kanäle quasi umgekehrt. Die Folge: Ab- und Regenwasser fließen nicht ab. Dieter Paus, technischer Beigeordneter: „Bei vielen Kanälen haben sich die Gefälleverhältnisse verändert. Das hat zum Teil erhebliche negative Auswirkungen auf das Fließverhalten.“ Auch die Leistungsfähigkeit des Kanals kann massiv gestört werden. Für Paus und Robert Braun, Fachbereichsleiter Tiefbau und Grünflächen, ist klar: „Schon vor Abbauende müssen Maßnahmen durchgeführt werden, um die Funktion der Kanäle zu erhalten.“ Das ist am Orsoyerberg schon in großem Umfang geschehen. Dort ist der Abbau des Bergwerks Walsum eingestellt.

Seit 2008 werden Kanäle im Schachtverfahren saniert: Straße aufreißen, Kanäle neu legen. Im Bereich Landwehr, Auf dem Berg und Clevische Straße sind Kanäle, im Schnitt zwischen 30 und 60 Zentimeter stark, aber auch größer, bereits erneuert worden. Eine Million Euro kostete das bisher. Davon musste die Stadtkasse 465 000 Euro tragen. Denn es geht um „Neu für Alt“, weil die Stadt neue gegen alte Kanäle tauscht. Im Februar steht auf dem Reitweg eine zwölfmonatige Baustelle an, bis Ende 2016 wird am Orsoyerberg saniert, meist gebuddelt. Gesamtkosten: Fast 4,3 Millionen Euro, von denen die Ruhrkohle AG 2,6 Millionen trägt. Annaberg und Teile der westlichen Stadt werden weit teurer: Fast 9,5 Millionen verschlingt nur die Beseitigung der Schief lagen. Darin sind noch nicht die Kosten gebrochener Kanäle enthalten. Die ersten kaputten Rohre sind jetzt gemeldet, etwa am Elsternsteg. Zunächst, so Paus und Braun, werden die Kanäle erneuert, deren Fließrichtung umgekehrt wurde. Das ist in vielen Straßen stadteinwärts der Bahnlinie der Fall. Da fließt das Abwasser nicht mehr zur Pumpstation. Also müssen neue Kanäle mit dann richtigem Gefälle her. Von den 9,5 Millionen Euro muss die Stadt fast 4,3 zahlen. Die Kanäle werden sukzessive bis 2018 erneuert. Einige Straßen werden monatelang gesperrt sein, erhalten auch eine neue Straßendecke. Die Schief lage der Kanäle wurde durch Kamerabefahrung im Dezember festgestellt. Ab Frühjahr werden sämtliche öffentliche Kanäle am Annaberg erneut befahren. Dann geht es um die Suche nach Brüchen.

Wenn das Abwasser den Keller flutet

Für Hausbesitzer ärgerlich sind Probleme an den Hausanschlüssen. Die werden von der Stadt nicht getestet. Dort tauchten zuletzt massive Probleme auf, die dazu führten, dass stinkendes Abwasser im Keller stand. Am Elsternsteg erwischte es zwei Häuser ausgerechnet am Sonntag. Die Ursache: Direkt am Haus war der Abfluss gebrochen.

Wie lange gibt es nach Ende des Abbaus noch Schäden an Kanälen? „Bergsenkungen sind zu 99 Prozent zwei Jahre nach Abbauende abgeschlossen“, so ein Sprecher der Deutschen Steinkohle. Viele Menschen sehen diese Prognose mehr als skeptisch. . .

NRZ

Donnerstag 28.01.2010

Sitzungs-Honorare : Landtagspräsidium taucht in der "Honorar-Affäre" ab

Wlfrid Goebels



Düsseldorf. Die hohen Honorare für die Teilnahme an Sitzungen der Ruhrkohle AG (RAG) hatten zu heftigen Protesten geführt. CDU-Landtagsabgeordneter Jürgen Hovenjürgen, selbst beschuldigt, räumte ein, die Vergütung sei "zu hoch" - eine Meinung, die nicht jeder teilt.

Nach der breiten Protestwelle über das Kassieren hoher Honorare im Beirat der Ruhrkohle AG (RAG) ist das Landtagspräsidium **vorübergehend „abgetaucht“**. Weder Präsidentin Regina van Dinther (CDU) noch Vizepräsident Edgar Moron (SPD) wollten sich auf Anfrage unserer Zeitung zu der hohen Vergütung äußern.

Van Dinther, Moron sowie der CDU-Landtagsabgeordnete Jürgen Hovenjürgen hatten im vergangenen Jahr für die Teilnahme an zwei RAG-Sitzungen jeweils 15 400 Euro erhalten. Für Parteienforscher Hans Herbert von Arnim stehen die Honorare in keinem Verhältnis zum Aufwand der Politiker. Grünen-Politiker Reiner Priggen forderte einen generellen Verzicht auf Vergütungen für Beiratsarbeit bei der staatlich subventionierten RAG.

Vergütung spenden



Edgar Moron schweigt zu den Vorwürfen.

Hovenjürgen räumte inzwischen ein, die Vergütung sei „zu hoch“. Deshalb will der Abgeordnete die Jahresvergütung spenden und sich im Beirat für eine Senkung der Honorare einsetzen. Landtagssprecher Hans Zinnkann nannte die Honorare „branchenüblich“. **Vizepräsident Moron hatte zuvor betont, die RAG-Honorare seien längst bekannt und „kalter Kaffee“.**

Dem RAG-Beirat gehören 24 Mitglieder an - davon 21 Bürgermeister und Landräte. Kommunalpolitiker müssen Zusatzeinnahmen, die insgesamt 6000 Euro übersteigen, an den Gemeindehaushalt abführen. Für Landtagsabgeordnete gilt diese Regelung nicht.

Keine weitere Erklärung

Der RAG-Beirat soll den Prozess des bis 2018 geplanten Ausstiegs aus dem Bergbau begleiten. Die drei NRW-Abgeordneten hatten ihre Beratertätigkeit bei der RAG im Landtag angemeldet. Landtagspräsidentin van Dinther verdient 13 300 Euro im Monat, Vizepräsident Moron rund 11 000 Euro. Moron ließ auf Anfrage mitteilen, er sei „nicht mehr bereit, etwas dazu zu erklären“.

Märkische Allgemeine

Donnerstag 28.01.2010

UMWELT: Die Spree wird rot

Färbung des Flusses ist Bergbau geschuldet / Gefahr für Fischbestand wächst

SPREMBERG - Die Spremberger Einwohner haben sich schon lange an den Anblick gewöhnt. Für die Touristen in der Stadt ist es jedoch eine Neuigkeit. „Sie fragen gegenwärtig nicht zuerst nach Erwin Strittmatter, unseren Sehenswürdigkeiten und den historischen Symbolfiguren, sondern nach unserer bräunlich-roten Spree“, sagte der Vorsitzende des Fremdenvereins Spremberg, Egon Wochatz. Besonders in den Nachmittagsstunden zeige das im sächsischen Neugersdorf und am Kottmar entspringende Flüsschen in der südlichsten Stadt Brandenburgs eine auffällige Rotfärbung. Anwohner geben sogar Tipps, wo und wann das ungewöhnliche Farbspiel des rund 400 Kilometer langen und durch Sachsen, Brandenburg und Berlin fließenden Flusses am besten betrachtet werden kann. Günstige Beobachtungspunkte seien unter anderem an der Langen Brücke sowie am alten Mühlenwehr.

„Die Ursachen für die rote Farbe sind uns und auch dem sächsischen Umweltministerium seit längerem bekannt“, sagte Brandenburgs Umweltministerin Anita Tack (Die Linke). Die Färbungen seien auf die 150-jährige Bergbaugeschichte im Lausitzer Braunkohlerevier und den steigenden Grundwasserspiegel zurückzuführen. Über Niederschlagswasser und aufsteigendes Grundwasser würden große Mengen lösliche Verwitterungsprodukte als Eisen- und Sulfat-Konzentrationen gebildet und gelangen so in Oberflächengewässer und in die Spree. Dadurch entstehe die bräunliche bis rötliche Verfärbung der Wasseroberfläche. Nach Angaben des Brandenburger Umweltamtes hat sich seit 2007 besonders der Eisengehalt in der Spree erhöht und liegt knapp über den Grenzwerten. Beeinträchtigungen des Ökosystems seien dadurch nicht auszuschließen, hieß es. So könnte unter anderem das Eisenhydroxid die Kiemen der Fische verkleben und zu ihrem Tod führen.

Auch die Lebensbedingungen an den Laich- und Nahrungsplätzen der Fische würden sich verschlechtern. Außerdem seien Pflanzen an den Ufern bedroht. Der negative Einfluss der Schadstoffe führe schrittweise zur Verschlammung der Gewässer bis hin zur Talsperre Spremberg. Nach Einschätzung des Umweltamtes ist auch mit Beeinträchtigungen für die Freizeitnutzung zu rechnen. „Für die Trinkwasserversorgung gibt es bisher keine Probleme“, sagte Umweltministerin Tack.

Bereits Ende 2007 wurden vom sächsischen Umweltministerium in der Kleinen Spree erhöhte Eisenwerte festgestellt. Die damit verbundene rötliche Verfärbung des Flusses reicht von Spreewitz bis zur Talsperre Spremberg. Durch den fortschreitenden Grundwasseranstieg sei nicht auszuschließen, dass sich die Situation zuspitzt, befürchten Experten. Gefahr für die Spree bestehe bis nach Cottbus und in den Spreewald.

„Eine kurzfristige Lösung des Problems ist nicht in Sicht“, sagte Brandenburgs Umweltministerin. Gemeinsam mit den sächsischen Partnern gebe es jedoch eine Zusammenarbeit und Sonderprogramme mit dem Sanierungsträger LMBV sowie dem Energiekonzern Vattenfall. Eine in Auftrag gegebene Studie soll die in den Gebieten Seese/Schlabendorf und Greifenhain/Gräbendorf gesammelten Erfahrungen für die Verbesserung der Qualität von Oberflächengewässern auch für das Belastungsgebiet um Spremberg prüfen.

„Es muss dringend etwas geschehen“, forderte Sprembergs Bürgermeister Klaus-Peter Schulze (CDU). Eine rote Spree sei kein Aushängeschild für die Stadt. (Von Beowulf Kayser)

NRZ

Freitag 29.01.2010

Van Dinther kassiert doppelt soviel für RAG-Sitzungen

Theo Schumacher



Düsseldorf. Die Präsidentin des NRW-Landtags hat deutlich mehr Geld für die Teilnahme an Sitzungen erhalten, als die Regierung bisher mitteilte. Regina van Dinther hat demnach pro Jahr 30.000 Euro für ihre Mitgliedschaft im Regionalbeirat NRW der RAG bezogen - für zwei bis drei Treffen pro Jahr.

Landtagspräsidentin Regina van Dinther hat für ihre Mitgliedschaft im Regionalbeirat NRW der RAG doppelt so viel Geld kassiert wie zunächst von der Landesregierung mitgeteilt wurde.

Die CDU-Politikerin erhielt für 2008 und 2009 nicht jeweils 15000 Euro, wie aus einer Antwort auf eine **Anfrage von Grünen-Fraktionsvize Reiner Priggen** hervorgeht, sondern 30000 Euro. Das bestätigte die RAG auf Anfrage der WAZ. Als Vorsitzende des Beirats stehe van Dinther die doppelte Vergütung zu, teilte ein Sprecher mit. Auch Landtagsvizepräsident Edgar Moron (SPD) bekam als stellvertretender Vorsitzender den eineinhalbfachen Satz, also jeweils 22500 Euro.

Die Zahlungen haben in Düsseldorf erheblichen Wirbel ausgelöst, weil das Gremium 2009 nur zweimal und im Jahr davor dreimal tagte. Im Gegensatz zu den Kommunalpolitikern in dem 24-köpfigen Beirat müssen Landtagsabgeordnete die Extra-Bezüge nicht abführen. Sie zeigen sie nur dem Landtag an, die Summen werden aber nicht veröffentlicht. Das Wirtschaftsministerium hatte in seiner Antwort Bezug genommen auf eine Mitteilung der RAG AG. **Priggen sagte der WAZ** gestern: „Ich fühle mich von der Landesregierung getäuscht.“ Der Vorgang weise für ihn „in Richtung Landschaftspflege“.

Der Westen.de

Freitag 29.01.2010

Nebeneinkünfte : Van Dinther findet ihre saftigen RAG-Honorare völlig normal



Düsseldorf. Landtagspräsidentin Regina van Dinther hat ihre hohen RAG-Bezüge verteidigt. Dass sie 30.000 Euro für bis zu drei Treffen im Jahr kassierte, findet sie **völlig normal**. Das Land will einen Gutachter einschalten.

In der Affäre um hohe Honorarzahungen der Ruhrkohle AG (RAG) gerät Landtagspräsidentin Regina van Dinther (CDU) zunehmend in Erklärungsnot. Ein Landtagssprecher bestätigte am Freitag in Düsseldorf, dass die Parlamentspräsidentin 2009 nicht 15.000 Euro, sondern 30.000 Euro Grundvergütung als Vorsitzende des RAG-Regionalbeirats kassiert hatte. Die Präsidentin nannte die Zahlungen normal. Der Landtag will nach öffentlicher Kritik ein Gutachten einholen.

In einer Drucksache der Landesregierung als Antwort auf eine Grünen-Anfrage war zuvor der Eindruck erweckt worden, die Mitglieder des RAG-Gremiums hätten für ihre Teilnahme an zwei Sitzungen nur 15.000 Euro erhalten. Offenbar machte die Landesregierung falsche Angaben über die Aufwandsentschädigungen der RAG für van Dinther und Landtagsvizepräsident Edgar Moron (SPD), weil sich die Regierung auf Zahlen des Unternehmens verlassen hatte. Moron erhielt als Vizevorsitzender die anderthalbfache Aufwandsentschädigung in Höhe von 22 500 Euro.



Gerät zunehmend in Erklärungsnot: Landtagspräsidentin Regina van Dinther. Foto: WAZ

Wirtschaftsministerin Christa Thoben (CDU) sei «sehr irritiert» über das Verhalten der RAG, sagte ihr Sprecher. Man fühle sich von dem Unternehmen nicht korrekt informiert. Die Ministerin habe sich beim Grünen-Abgeordneten Reiner Priggen für die mögliche Fehlinformation entschuldigt. Das Land forderte einen Bericht von der RAG an. Die RAG war am Freitag zunächst nicht für eine Stellungnahme erreichbar.

25.000 Euro gespendet

Die Landtagspräsidentin bezeichnete ihre hohe Vergütung unterdessen als «normalen Vorgang». Sie habe ihren eigenen Fall von einem Juristen prüfen lassen, der keine Bedenken erhoben habe, sagte van Dinther. Dieses Verfahren werde auch bei anderen Landtagsabgeordneten angewandt, wenn sie Einnahmen aus Nebentätigkeiten bei der Landtagspräsidentin meldeten. Neben der erfolgten internen Prüfung durch einen Landtagsjuristen soll nun auch ein unabhängiger Gutachter eingeschaltet werden, teilte ein Parlamentssprecher mit. Ein noch zu benennender Experte solle klären, «ob die drei dem Regionalbeirat NRW der RAG angehörenden Abgeordneten gegen geltende Regeln verstoßen haben».

Neben van Dinther und Moron gehört auch der CDU-Abgeordnete Josef Hovenjürgen dem Beirat an. Hovenjürgen will seine Vergütung in Höhe von 15.000 Euro spenden. Moron hatte die Vergütung zunächst verteidigt. Am Freitag veröffentlichte er eine persönliche Erklärung. Demnach hat er 25.000 Euro gespendet.

Die beiden hoch entlohnten Beiratssitzungen waren offenbar sehr kurz. Wie die «Frankfurter Rundschau» berichtete, dauerten die Sitzungen am 22. April und 15. Dezember 2009 jeweils **nur knapp zwei Stunden. «Es wurde Kaffee getrunken, RAG-Kulis wurden verteilt und Kekse gegessen»**, heißt es in dem Blatt.

Die Ruhrkohle habe sich mit üppigen Zahlungen an Bürgermeister jahrelang politisches Wohlwollen gekauft, sagte der Parteienrechtler Martin Morlok der Zeitung. Dass sie damit auch jetzt kalkuliere, liege nahe. «Ich bin nicht gegen Nebeneinkünfte für Politiker», fügte Morlok hinzu. Dies verschaffe ihnen Unabhängigkeit von der Partei. «Allerdings sollte das Geld auch verdient sein.» Zuvor hatte auch der Bund der Steuerzahler die RAG-Zahlungen gerügt.

Der RAG-Beirat soll den sozialverträglichen Ausstieg aus dem Bergbau begleiten. Die Bundesregierung sowie die Länder Nordrhein-Westfalen und Saarland hatten sich 2007 nach jahrelangem Streit darauf verständigt, die Steinkohleförderung in Deutschland 2018 auslaufen zu lassen. Bis dahin finanzieren Bund und Länder die Abwicklung der Kohlezechen mit rund 21,5 Milliarden Euro. (ddp)

Vom Fehler zum Skandal.

Essen (ots) - Was haben Regina van Dinther (CDU) und Edgar Moron (SPD) falsch gemacht? Es ist, wie es in der Politik immer ist: Eine Verfehlung wird erst durch den Umgang mit derselben zum Skandal. Einen Beirat mit Kommunal- und Landespolitikern einzusetzen, der die Schließung von Bergwerken und damit verbundene Härten begleitet, ist nur vernünftig. Ein Konstruktionsfehler ist es, die Vergütung der Beiräte an die von Aufsichtsräten anzulehnen. Ein Beirat hat anders als ein Aufsichtsrat keinerlei Konsequenzen zu befürchten. Warum sollte ein Berater ohne jegliche Verantwortlichkeit, der noch dazu im eigenen Interesse bei Tische sitzt, genauso bezahlt werden wie ein Kontrolleur?

Politisch instinktlos und ein neuerlicher Beweis für die Abwesenheit von Bodenhaftung ist es, wenn van Dinther 30 000 Euro für die Leitung von zwei Sitzungen auch noch als normal bezeichnet. Die Landtagspräsidentin hat über die guten Sitten im Parlament zu wachen. Und ein solches Salär ist schlicht unangemessen. Zumal es der Steuerzahler über die Bergbau-Subventionen bezahlt. Das gilt auch für den Landtagsvize Moron, der 22 500 Euro erhielt. Der Versuch, nach drei Tagen Aufregung mittels Gutachtern und Nachhinein-Spenden die Wogen zu glätten, verfängt nicht. Der Befund für fehlenden Anstand im Umgang mit Steuergeld fällt eindeutig aus.

Damit die RAG Rheinberg nicht ruiniert

Rheinberg (RP) "RAG ruiniert Rheinberg" – in drei Worten fasste Jürgen Bartsch (Grüne) gestern Abend zusammen, was auch seine Bauausschuss-Kollegen aus den anderen Fraktionen dachten.

Es ging um den kommunalen Kostenanteil, der für die Sanierung von Abwasserkanälen im Bereich Annaberg bzw. Orsoyerberg fällig ist und der Stadt in Rechnung gestellt werden soll. Knapp sechs Mio. Euro soll Rheinberg tragen, die RAG kommt für den Rest von 7,8 Mio. auf. Nur für die Hydraulik; Bauschäden werden noch gesondert berechnet.

Wer sich den Verteilungsschlüssel ausgedacht habe, wollte Josef Devers (CDU) wissen. Gutachter Dr. Patt erläuterte, man habe sich dabei ausschließlich an Alter und Abschreibungszeitraum der Kanäle orientiert – was Devers heftig kritisierte: Nach der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes müsse sehr wohl auch der tatsächliche Zustand der Rohre Berücksichtigung finden. Sprich: Es komme auch darauf an, wie lange der Kanal noch funktioniert hätte, wäre er nicht dem Bergbau zum Opfer gefallen. Diesen Aspekt solle die Verwaltung schnellstens prüfen.

Im übrigen müsse die Stadt zur Kanalsanierung jetzt Geld für neue Rohre investieren, die ohne den Bergbau noch gar nicht gebraucht würden. "Zu einer Zeit, in der Geld ohnehin sehr knapp ist", ergänzte Jürgen Bartsch. Konsequenz war da der Antrag von Josef Devers, mit dem Jürgen Bartsch auf einer Linie lag: Die RAG solle die zusätzlichen Finanzkosten übernehmen, die der Stadt aufgebürdet werden. Hans-Peter Götzen (FDP), Karlheinz Schlusen (SPD) und Andreas Imhof (Linke) sahen das ebenso – der Beschluss zu Finanzierung und rechtlicher Prüfung der Kostenverteilung war einstimmig.

Kritik an Landtagspräsidentin in NRW 30.000 Euro so nebenbei

Von Johannes Nitschmann

Die nordrhein-westfälische Landtagspräsidentin Regina von Dinther soll für ihre Arbeit im Beirat der Ruhrkohle AG mehr als 30.000 Euro bekommen haben. "Branchenüblich", meint sie. Die Landesregierung hatte zuvor offenkundig falsche Aussagen darüber gemacht.

Die nordrhein-westfälische Landtagspräsidentin Regina von Dinther (CDU) und ihr Vize Edgar Moron (SPD) haben von der Ruhrkohle AG (RAG) Aufwandsentschädigungen von 30.000 beziehungsweise 22.500 Euro pro Jahr bekommen. Das bestätigte RAG-Sprecher Christof Beike der Süddeutschen Zeitung am Donnerstag. Als Vorsitzende des RAG-Regionalbeirats bekam von Dinther damit doppelt so viel und Moron als Vizevorsitzender eineinhalb Mal so viel Geld wie die anderen Mitglieder des Gremiums.

Zudem erhielten die beiden Politiker wie alle übrigen Teilnehmer jeweils 200 Euro "Sitzungsgeld" bei der Zusammenkunft des umstrittenen Beratungsgremiums, dem mehrere Landtagsabgeordnete und Kommunalpolitiker angehören.

Zulagen verschwiegen

Die Landesregierung hatte zuvor offenkundig falsche Angaben über die Aufwandsentschädigungen gemacht. In ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage des Grünen-Abgeordneten Reiner Priggen hatte die Landesregierung lediglich die jährliche Pauschale für die Mitglieder des Regionalbeirats in Höhe von 15.000 Euro genannt, die Zulagen für die Vorsitzende und ihren Stellvertreter aber verschwiegen.

Die Antwort der Landesregierung sei "unvollständig", "nicht korrekt" und "entspricht nicht der Wahrheit", erklärte Priggen im Gespräch mit der Süddeutschen Zeitung und fuhr fort: "Ich fühle mich getäuscht." Die nun bekanntgewordene Höhe der Aufwandsentschädigungen für die Landtagspräsidentin und deren Stellvertreter gingen "in Richtung Landschaftspflege". Priggen forderte von Dinther und Moron auf, das Geld der RAG umgehend zurückzuzahlen.

Im Düsseldorfer Landtag werden Zweifel laut, ob die Aufwandsentschädigungen der RAG an die beiden führenden Landespolitiker im Einklang mit dem Abgeordnetengesetz stehen. Dort heißt es in Paragraph 16: "Die Annahme von Zuwendungen, die das Mitglied des Landtags, ohne die danach geschuldeten Dienste zu leisten, nur deshalb erhält, weil von ihm im Hinblick auf sein Mandat erwartet wird, dass es im Landtag die Interessen des Zahlenden vertreten und nach Möglichkeit durchsetzen wird, ist unzulässig."

Nur zwei Sitzungen im Jahr 2009

Laut Landesregierung haben im Jahre 2008 lediglich drei und 2009 nur zwei Sitzungen des RAG-Regionalbeirates stattgefunden. In beiden Jahren kassierten von Dinther und Moron nach Auskunft der Ruhrkohle ihre volle Aufwandsentschädigung jeweils in Höhe von jährlich 30.000 beziehungsweise 22.500 Euro sowie pro Sitzung weitere 200 Euro.

Über ihren Landtagssprecher hatte von Dinther am Vortag verlauten lassen, diese Aufwandsentschädigung sei "branchenüblich". Ihr Beratungsmandat für die RAG erstreckte sich nicht nur auf Sitzungen, sondern erfordere **zahlreiche zeitraubende "Gespräche über den Bergbau"**. Der Landtagssprecher hatte ebenso wie die Landesregierung verschwiegen, dass von Dinther als Vorsitzende des RAG-Regionalbeirats eine doppelte Aufwandsentschädigung erhält. Sitzungen dieses Gremiums sollen in der Vergangenheit laut Teilnehmern "nicht länger als drei Stunden" gedauert haben. (sueddeutsche.de/sukl/gba)

Dazu ein Kommentar von somsoa:

Was für ein Hohn:

Als von Dinther vor knapp 5 Jahren ihr Amt antrat, warb sie für eine neue Bescheidenheit im Landtag.

Pumpernickel statt Lachs, Bier statt Champagner hieß die Devise.

"Wir sind Gewählte und nicht Erwählte" schrieb sie ihren Kollegen ins Stammbuch.

Was mag' sie nur so versaut haben?

Erneut Erdmassen abgesackt - Zwei Häuser evakuiert

Tiefenort - In Tiefenort in Thüringen kommt die Erde nicht zur Ruhe. In dem Bergbauggebiet sind am Donnerstag erneut Erdmassen in die Tiefe gesackt, auf einer Straße entstand ein zwei Meter tiefer Krater, teilte das Lagezentrum im Thüringer Innenministerium am Freitag mit.

Zwei nahegelegene Häuser, in denen zwei Familien wohnen, wurden aus Sicherheitsgründen evakuiert. Sachverständige wie die Ämter für Katastrophenschutz und Geologie prüften die Lage.

Vor acht Jahren war an gleicher Stelle die Erde weggerutscht. Der damals zur Stabilisierung eingebrachte Betonkern sei kurz danach in die Tiefe gestürzt. Seitdem sind nach Angaben der „Thüringer Allgemeinen“ elfmal Erdmassen nachgerutscht. (dpa)

Naumburger Tageblatt

Freitag 29.01.2010

Thüringen

Zwei Meter tiefer Krater auf der Straße

Erneut Erdmassen abgesackt - Zwei Häuser evakuiert



Ein Einwohner schaut in Tiefenort (Thüringen) in einen Krater, der sich an einem Betonpfeiler gebildet hat. (FOTO: DPA)

Tiefenort/dpa. In Tiefenort können sie über den Wortwitz wohl nicht mehr lachen: Die Menschen in dem ehemaligen Bergbauggebiet sorgen sich, was in der Tiefe unter ihrem Ort geschieht. Seit acht Jahren sackt in der 4000-Seelen-Gemeinde im Wartburgkreis immer wieder die Erde ein - am Donnerstag zum elften Mal. Laut Lagezentrum im Thüringer Innenministerium entstand ein zwei Meter tiefer Krater. Zwei nahe gelegene Häuser, in denen zwei Familien wohnen, wurden aus Sicherheitsgründen evakuiert.

Nach einem Ortstermin mit Sachverständigen wurde am Freitag beschlossen, dass die Familien bis Montag nicht in ihre Häuser zurückkehren dürfen. «Man kann nicht hundertprozentig abschätzen, was im Untergrund abläuft», sagte Landrat Reinhard Krebs (CDU). Über das Wochenende sollen die Erdbewegungen analysiert werden. «Wir machen uns Sorgen, wie es weitergeht.» Zurzeit werde geprüft, ob noch zwei weitere Häuser geräumt werden müssten.

Obwohl die Erdlöcher bereits mit hunderten Kubikmeter Beton und Kies verfüllt wurden, rutsche die Erde in den vergangenen Jahren immer wieder nach. Die «Südthüringer Zeitung» und das «Freies Wort» berichteten, der aktuelle Erdbeben sei der bisher größte. Die Anwohner würden unter den Folgen der jahrelangen Angst leiden. «Es gibt hier ständig irgendwelche Geräusche nachts», sagte ein Anwohner der «Südthüringer Zeitung». Die Häuser rund um den Krater seien von Rissen in den Wänden gezeichnet. Das Haus, in dessen Garten der neue Krater klaffe, sei längst verwaist.

Den Berichten zufolge fühlen sich die Anwohner von den offiziellen Stellen alleingelassen. «Auf diesem Betonklotz können Sie ein Haus bauen, hat damals der Herr vom Ministerium gesagt», sagte eine Anwohnerin der Zeitung. In der Vergangenheit hatten die Behörden immer wieder versichert, für die Anwohner in der Straße bestehe keine Gefahr. Sorgen machen sich die Anwohner um einen Kindergarten und eine Schule in der Nähe des Unglücksortes.

Als Grund für die Erdbewegungen sehen die Experten Prozesse im Untergrund. Untersuchen lasse sich aber nur der oberste Teil einer bis zu 250 Meter tiefen Spalte, sagte Krebs. Dort werden wasserlösliche Substanzen wie Salze und Karbonate ausgespült. Das Gestein bricht dadurch auf und die Erde rutscht nach. Experten nennen dieses Phänomen «Erdfall».

NRZ

Samstag 30.01.2010

Empörung über RAG-Gelder wächst

Landtagspräsidentin und ihr Stellvertreter schalten unabhängige Gutachter ein. Verstoß gegen das Abgeordnetengesetz?

Theo Schumacher Christoph Meinerz

Düsseldorf. In der Affäre um üppige Vergütungen der RAG an führende Landtags-Politiker wächst die Empörung. Die Grünen lassen juristisch prüfen, ob gegen das Abgeordnetengesetz verstoßen wurde und fordern von Landtagspräsidentin Regina van Dinker (CDU), Vizpräsident Edgar Moron (SPD) und Josef Hovenjürgen (CDU) die Rückzahlung der Honorare. Steuerzahlerbund, FDP und Linke verlangen, künftig auf die RAG-Gelder zu verzichten.

Erst auf Nachfrage von Medien war bekannt geworden, dass van Dinker für die etwa zweistündige Teilnahme an zwei Sitzungen des RAG-Regionalbeirats im Jahr 2009 pauschal 30 000 Euro kassiert hatte. Moron erhielt 22 500, Hovenjürgen 15

000 Euro. Die gleichen Summen flossen für drei Sitzungen im Jahre 2008. Hinzu kommen jeweils 200 Euro Sitzungsgeld. Nach RAG-Angaben wurde die Zahlung für 2009 noch nicht überwiesen.

Nach massiver öffentlicher Kritik schalteten van Dinther, die zunächst die Vergütung als „normalen Vorgang“ bezeichnet hatte, und Moron unabhängige Gutachter ein. Sie sollen prüfen, ob ihnen ein Regelverstoß und Befangenheit vorzuwerfen ist. Bis zur Klärung dieser Frage werde „die Annahme der laufenden Beiratsvergütungen“ ausgesetzt, hieß es. „Das macht die ganze Sache nur noch peinlicher“, sagte dazu Grünen-Fraktionsvize Reiner Priggen der NRZ.

Moron teilte zudem mit, er und seine Frau hätten seit Sommer 2009 rund 25 000 Euro für wohltätige Zwecke gespendet. Die Spenden stünden „zum großen Teil“ in Zusammenhang mit den RAG-Zahlungen. Später kündigte auch van Dinther „als Reaktion auf die öffentliche Debatte“ an, sie spende 15 000 Euro an ein Behinderten-Projekt. Für viel Irritation sorgt, dass das Wirtschaftsministerium in der Antwort auf eine Anfrage der Grünen zuerst den Eindruck erweckt hatte, van Dinther und Moron hätten nur 15 000 Euro pro Jahr von der RAG erhalten. Dafür entschuldigte sich gestern Ministerin Christa Thoben (CDU). Die RAG bedauerte, sie habe „unvollständig informiert“. „Hier geht es um die politische Glaubwürdigkeit der Landesregierung“, monierte Thoben in einem Brief an den RAG-Vorstand.

Aber auch Präsidentin van Dinther hatte trotz Journalisten-Anfragen die angegebenen 15 000 Euro nicht korrigiert, obwohl die entsprechende Drucksache vorlag.

Anm. BiB-Red.: Bei einem Steuersatz von ca 50 Prozent bleibt bei der Absetzung der Spenden durch ersparte Steuern locker die Hälfte übrig!!!

NRZ

Samstag 30.01.2010

KOMMENTAR

Jedes Maß verloren

Die RAG, die Kohle und die Politik

30 000 Euro - so viel Geld verdienen viele arbeitende Menschen im ganzen Jahr nicht. Der Landtagspräsidentin Regina van Dinther genügte es, zwei Sitzungen des RAG-Regionalrates von jeweils wenigen Stunden Dauer zu leiten, um diese Summe zu kassieren. Und die Vergütung der Nebentätigkeit empfindet die CDU-Politikerin als „normalen Vorgang, wie bei anderen Abgeordneten auch“. Ob die Höhe angemessen ist, das wollte van Dinther freilich nicht bewerten.

Geht's noch? Reichlich dreist versucht hier jemand, sich aus der Verantwortung zu stehlen. Rechtlich mag in der Tat alles korrekt sein. Die Vergütung der RAG-Beiratsmitglieder hat, was van Dinther und ihre zwei Landtagskollegen betrifft, dennoch das Zeug zum Skandal. Die RAG ist ein hochsubventioniertes Unternehmen. In jedem Euro, den sie anderen zahlt, stecken viele Cent Staatsgeld. Das Landtagstrio hat das Geld bereitwillig eingesteckt. Erst jetzt, im Sturm der Kritik, ahnen die Politiker, dass die Summen unangemessen sein könnten, und besinnen sich, das Geldlieber zu spenden.

Zum Amt der Landtagspräsidentin gehört es, dass die Abgeordneten bei ihr Rechenschaft über Nebentätigkeiten ablegen. Van Dinther hat sich für dieses Amt disqualifiziert. Gleiches gilt für ihren Vize, SPD-Mann Moron. Ein Rücktritt wäre angeraten. So kurz vor der NRW-Wahl wird es dazu wohl nicht kommen. Leider.

Die im RAG-Beirat versammelten Landräte und Bürgermeister reden sich damit heraus, dass sie Nebentätigkeitserlöse weitestgehend an die meist klammen kommunalen Kassen abführen - und so also fast noch was Gutes tun... Ein gutes Argument. Aber auch hier bleibt ein Geschmäcke. Der Eindruck steht im Raum, dass sich die RAG politisches Wohlwollen erkaufen wollte und die Politiker das zugelassen haben. Mögen die Beiräte noch so bedeutsam sein, um über Kohleflächen zu debattieren. Der vergleichsweise geringe Arbeitsaufwand rechtfertigt die hohen Sitzungsgelder nie und nimmer.

HOLGER DUMKE

NRZ

Samstag 30.01.2010



LESER SCHREIBEN KLARTEXT

RAG-Zahlungen

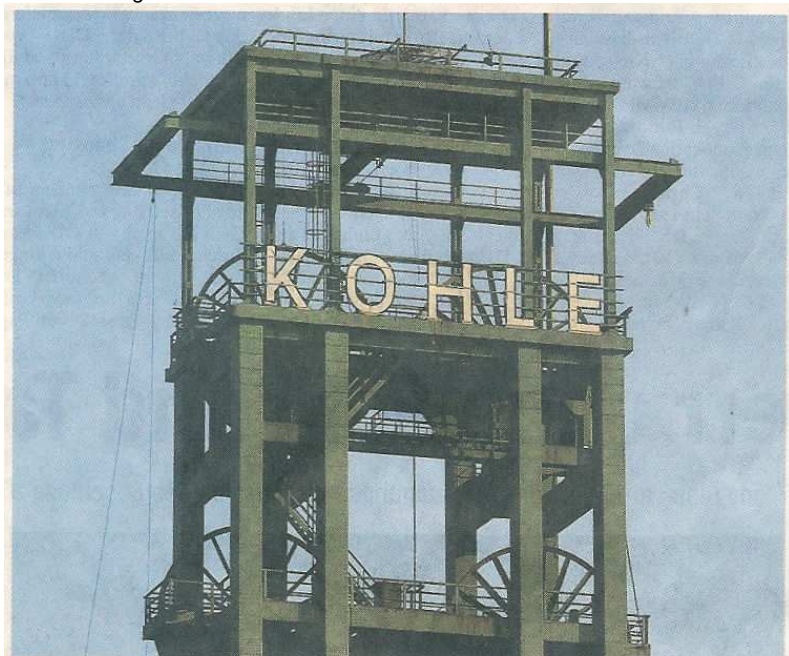
Die Zahlung von 15 400 Euro an einzelne Landtagsabgeordnete, Landräte und Bürgermeister für nur zwei Sitzungen des RAG Regionalbeirates hat nach meinem Verständnis zwei peinliche Seiten: Es wird offensichtlich wie die RAG mit Subventionsgeldern gezielt versucht, einflussreiche Landes- und Kommunalpolitiker für ihre Interessen zu gewinnen und es zeigt sich andererseits einmal mehr, dass nach wie vor der ein oder andere Politiker keine Skrupel hat, diese Gelder auch anzunehmen. Nicht wofür das Geld letztendlich verwendet wird, sondern einzig und allein die Annahme einer derart überhöhten Geldsumme ist verwerflich, zumal es sich doch hier um gewählte „Volksvertreter“ handelt. **Im Falle der Landtagspräsidentin van Dinther wiegt das um so mehr, da sie genau die Dienststelle des Landtages leitet, die solche „Korruptionsfälle“ unter Strafe stellen soll.** Alle Politiker, die sich auf kommunaler Ebene zum größten Teil ehrenamtlich für unser Gemeinwesen einsetzen, werden durch derartige Vorgänge beschädigt. Ich kann hier nur mit Blick auf die anstehenden Landtagswahlen anmerken, dass diese Damen und Herren genauso abgewählt gehören, wie der rasende Ex-Minister, der sich dann als Abgeordneter von einem bekannten Bauunternehmer einen gut bezahlten Zweitjob hat geben lassen.

Dr. Heinrich Peters, Hünxe

Jede Menge Kohle – dank der Kohle

Auch Bürgermeister und Landräte kassieren Sitzungsgeld im Regionalbeirat der RAG. Sie müssen es aber abführen

Denise Ludwig



Die RAG zahlt ihren Regionalbeiratsmitgliedern 15 000 Euro Grundvergütung. Foto: Andreas Mangen

An Rhein und Ruhr. Dr. Ansgar Müller, Landrat im Kreis Wesel, staunte nicht schlecht, als er nach seinem Sommerurlaub im vergangenen Jahr die Summe von 15 200 Euro auf seinem Konto entdeckte. In einem Brief teilte die Ruhrkohle AG mit, dass es sich hierbei um eine rückwirkende Zahlung für die Arbeit im Regionalbeirat handele. 15 000 Euro kassierten die Mitglieder - Landräte, Oberbürgermeister und Bürgermeister aus den Städten und Kreisen, die vom Rückzug des Bergbaus betroffen sind - als Grundvergütung. Hinzu kommen 200 Euro pro Sitzung.

Nicht angemessen

Das Geld wanderte allerdings nicht in die Tasche von Landrat Müller. „Ich habe die komplette Summe an den Kreis abgeführt“, sagte er der NRZ. Denn laut Korruptionsbekämpfungsgesetz muss der Landrat - wie auch die Bürgermeister - alles, was 6000 Euro aus Nebeneinkünften übersteigt, abgeben.

Landtagsabgeordnete in NRW sind hingegen nicht verpflichtet, das Geld abzuführen. Sie müssen ihre Nebentätigkeiten - auch ehrenamtliche - zwar angeben, nicht aber die Höhe der Vergütungen. Überschreiten sie aber 12 000 Euro im Jahr, müssen sie der Landtagspräsidentin - Regina van Dinther - gemeldet werden.

Parteienforscher Hans Herbert von Arnim hat die hohen Zahlungen der RAG an die Landtagsabgeordneten kritisiert. „Die Zahlungen stehen in keinem angemessenen Verhältnis zum erforderlichen Aufwand der Politiker. **So entsteht leicht der böse Schein, dass auf die Politiker Einfluss genommen werden soll.**“ Der Landtagsabgeordnete Josef Hovenjürgen (CDU), der für seine Arbeit im RAG-Regionalbeirat ebenfalls 15 000 Euro erhielt, will die Summe laut einer Sprecherin an wohltätige Zwecke in seinem Wahlkreis in Recklinghausen spenden. Ob er Mitglied im Beirat bleiben wird, entscheidet

Hovenjürgen nach einer vorgezogenen Sitzung des Gremiums am 10. Februar. Einer der wichtigsten Besprechungspunkte: die in Kritik geratene Bezahlung der Mitglieder.

Hans-Theo Mennicken, Bürgermeister von Rheinberg, will Mitglied bleiben. Die gezahlte Summe allerdings hält auch er für zu hoch. „Es ist nicht vertretbar, so viel Geld zu zahlen“, sagte er der NRZ. **Wird die Ruhrkohle die Vergütungen nicht reduzieren, will Mennicken auf das Geld verzichten.** Auch Landrat Ansgar Müller hält die Zahlung für zu hoch. Auf der anderen Seite habe es ihn für die Kreiskasse gefreut, die das Geld gut gebrauchen könne. „Es ist öffentliches Geld, weil die RAG ein subventioniertes Unternehmen ist. Und es bleibt öffentliches Geld, weil es an die Haushalte abgeführt wird“, sagt Müller.

Jeweils zwei Sunden

Wie lange die Sitzungen gedauert haben, vermag Müller nicht mehr zu sagen. „Mehrere Stunden. Es entstehen längere Diskussionen.“ Zum Beispiel darüber, wie es mit den RAG-Liegenschaften weitergeht, wenn sich der Bergbau in Kamp-Lintfort zurückzieht. Oder wie die Zukunft der Auszubildenden aussieht. Entscheidungsmacht haben die Mitglieder nicht. Nach Informationen der Frankfurter Rundschau dauerten die beiden Sitzungen in 2009 jeweils zwei Stunden. Dem Regionalbeirat gehören nach Stand von Dezember 2009 unter anderem die Bürgermeister Dr. Michael Heidinger (Dinslaken), Dr. Christoph Landscheidt (Kamp-Lintfort) und Oberbürgermeister Adolf Sauerland (Duisburg) an.

NRZ

Samstag 30.01.2010

RAG-Gelder für Spitzenpolitiker „Die neue Bescheidenheit“

Christoph Meinerz Theo Schumacher



Düsseldorf. Die moralische Messlatte zur Bewertung auch des eigenen Handelns legte Regina van Dinther (CDU) zu Beginn ihrer Amtszeit als NRW-Landtagspräsidentin ziemlich hoch. „Hier zieht ab sofort eine neue Bescheidenheit ein“, gab die heute 51-Jährige 2005 als Leitlinie vor. Sie sei mit fünf Geschwistern groß geworden, „da lernt man, bescheiden zu sein“.

Für zwei Sitzungen bei der Ruhrkohle (RAG) 30000 Euro einzustreichen, die manch hart arbeitende Verkäuferin nicht in einem Jahr verdient, passt dabei nicht so ganz ins selbst gezeichnete Bild der stets um große Volksnähe bemühten Landesvorsitzenden der Frauen-Union. Getreu ihrer Ansage als Präsidentin hätte van Dinther streng genommen auch ihren Vize Edgar Moron (SPD) zur Mäßigung anhalten müssen, der für die insgesamt vier gemeinsamen Stunden bei der RAG immerhin noch 22500 Euro erhielt. Zumal van Dinther und Moron mit monatlich 13400 bzw. 12500 Euro für ihre Ämter bereits finanziell erheblich besser ausgestattet sind als die normalen Abgeordneten (10000 Euro).

Erst vorige Woche hatte van Dinther eine „zunehmend materialistische Ausrichtung und den damit einhergehenden Werteverlust“ beklagt – in einer Moralpredigt zur Eröffnung einer Ausstellung über die Bedeutung von Werten für das Miteinander der Gesellschaft im Landtag. **„Viel zu lange wurde aus falsch verstandener Toleranz über Fehlverhalten hinweggesehen“, rief die Hattingerin zu mehr Zivilcourage auf.**

Angesäuert über die „RAG-Affäre“ ist Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU). Zumal van Dinther nicht zum ersten Mal unter Beschuss gerät. Zuletzt wurde ihr im Dezember von SPD und Grünen eine „Verletzung des Neutralitätsgebots“ vorgeworfen. In der „Gehaltsaffäre“ Wüst (er hatte vom Landtag zuviel Krankenkassenzuschüsse kassiert) hatte sie einen Brief geschrieben, der als Versuch einer „Reinwaschung“ des CDU-Generalsekretärs gewertet worden war.

Dazu einige Kommentare

Das ist ein Schlag ins Gesicht für jeden Bergmann.

Wir haben seit Jahren auf Lohn und Gehalt verzichtet.

Man hat uns mit Freischichten abgespeißt, die wir uns auch erst noch erarbeiten mussten.

Nicht einmal mehr eine Abfindung nach 35 Jahren harter Arbeit unter Tage wurde uns mehr gezahlt.

Wir mussten in den letzten 20 Jahren solidarisch sein und sollten laut IGBCE immer schön die Klappe halten und nicht auffallen, wir könnten ja sonst unseren Arbeitsplatz verlieren.

Diese Politiker haben keine Moral und sind skrupellos. Auf Kosten der Bergleute haben sich diese korrupten Lokal und Landespolitiker bereichert. **Schämt euch Ihr gewissenloser Abschaum.**

#4 von Hugo Hölter, vor 13 Stunden

Da sind Sie alle

Regionalbeirat NRW

Stand: 12 / 2009

Regina van Dinther, Vorsitzende

Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen

Edgar Moron, Stellvertretender Vorsitzender

Vizepräsident des Landtags Nordrhein-Westfalen

Werner Arndt
Bürgermeister der Stadt Marl

Frank Baranowski
Oberbürgermeister der Stadt Gelsenkirchen

Ulrich Carow
Bereichsleiter Umwelt beim Regionalverband Ruhr

Hermann Hansen
Bürgermeister der Stadt Hünxe

Dr. Michael Heidinger
Bürgermeister der Stadt Dinslaken

Josef Hovenjürgen
MdL, Vorsitzender des Unterausschusses
Bergbausicherheit des Landtags Nordrhein-Westfalen

Thomas Hunsteger-Petermann
Oberbürgermeister der Stadt Hamm

Wolfgang Kerak
1. Vorsitzender des Vorstands der
Zukunftsaktion Kohlegebiete (ZAK) e.V.

Bodo Klimpel
Bürgermeister der Stadt Haltern

Thomas Kubendorff
Landrat des Kreises Steinfurt

Dr. Christoph Landscheidt
Bürgermeister der Stadt Kamp-Lintfort

Lambert Lütkenhorst
Bürgermeister der Stadt Dorsten

Michael Makiolla
Landrat des Kreises Unna

Hans-Theo Mennicken
Bürgermeister der Stadt Rheinberg

Dr. Ansgar Müller
Landrat des Kreises Wesel

Dr. Uli Paetzel
Bürgermeister der Stadt Herten

Wolfgang Pantförder
Bürgermeister der Stadt Recklinghausen

Adolf Sauerland
Oberbürgermeister der Stadt Duisburg

Roland Schäfer
Bürgermeister der Stadt Bergkamen

Heinrich Steingröver
Bürgermeister der Stadt Ibbenbüren

Cay Süberkrüb
Landrat des Kreises Recklinghausen

RAG-Beirat Regina van Dinther will aufklären und sich erklären

Ulrich Laibacher



Hattingen. Regina van Dinther (CDU) rechtfertigt ihre Bezüge als Vorsitzende des RAG-Regionalbeirats. "Wer nur die reine Sitzungszeit sieht, greift zu kurz", erklärte die aus Hattingen stammende Landtagspräsidentin. "Und ich bin auch nicht käuflich".

Für ihren Job als Landtagspräsidentin bekommt Regina van Dinther jährlich 160.000 Euro. Die Gegenleistung: viel Arbeit. Zusätzliche Bezüge in Höhe von 30.000 Euro haben die Hattingerin jetzt in Erklärungsnot gebracht. Die hat sie als Leiterin von drei Sitzungen des RAG-Regionalbeirats in 2008 bezogen. Viel Geld für wenig Arbeit?



Landtagspräsidentin Regina van Dinther bei einem CDU-Neujahrstreffen in Gelsenkirchen. Foto: Caroline Seidel / WAZ FotoPool

„Wer nur die reine Sitzungszeit sieht, greift zu kurz“, sagte Regina van Dinther am Freitag auf Nachfrage der Hattinger Zeitung. **Es gebe Vor- und Nachbesprechungen. Sie besichtige Bergwerke, Halden.** Überhaupt: „Ich mache seit 20 Jahren Ruhrgebietspolitik und sammle ständig Erfahrungen, die in die Beiratsarbeit einfließen.“ Gründe genug, um die Höhe der Summe zu vermitteln? Regina van Dinther: „Ich werde es zumindest genau so erklären, wenn ich auf der Straße danach gefragt werde.“

Sie will wissen, ob ihr Befangenheit vorzuwerfen ist

Wobei die 51-jährige Landtagspräsidentin nicht nur erklären will, sondern zunächst noch unabhängig geklärt haben möchte: Ist ihr durch den RAG-Job Befangenheit vorzuwerfen? Weichen die Regelungen für Nebentätigkeiten in NRW von denen anderer Länder ab? Das soll geprüft, begutachtet und vor den Beratungen im Landtag dem Bund der Steuerzahler vorgelegt werden. Sie sei sicher, dass alles legal war, habe die Annahme der Bezüge, die für 2009 noch nicht ausgezahlt wurden, aber bis zur Vorlage des Gutachtens ausgesetzt. **„Und ich bin auch nicht käuflich“**, nimmt van Dinther den nächsten Vorwurf vorweg. **„Ich stimme stets mit meiner Fraktion.“**

Bleibt die Moral. „Wer mich kennt, weiß, ich bin nicht geizig, spende viel, nehme Menschen bei mir auf.“ 15.000 Euro will sie der Martins-Kirchengemeinde der Ev. Stiftung Volmarstein spenden. Für eine neue Heizung. Das Geld soll jetzt fließen. Angekündigt habe sie die Zuwendung bereits im Weihnachts-Gottesdienst.

Anm. BiB-Red.: Bei einem Steuersatz von ca 50 Prozent bleibt bei der Absetzung der Spenden durch ersparte Steuern locker die Hälfte übrig!!!